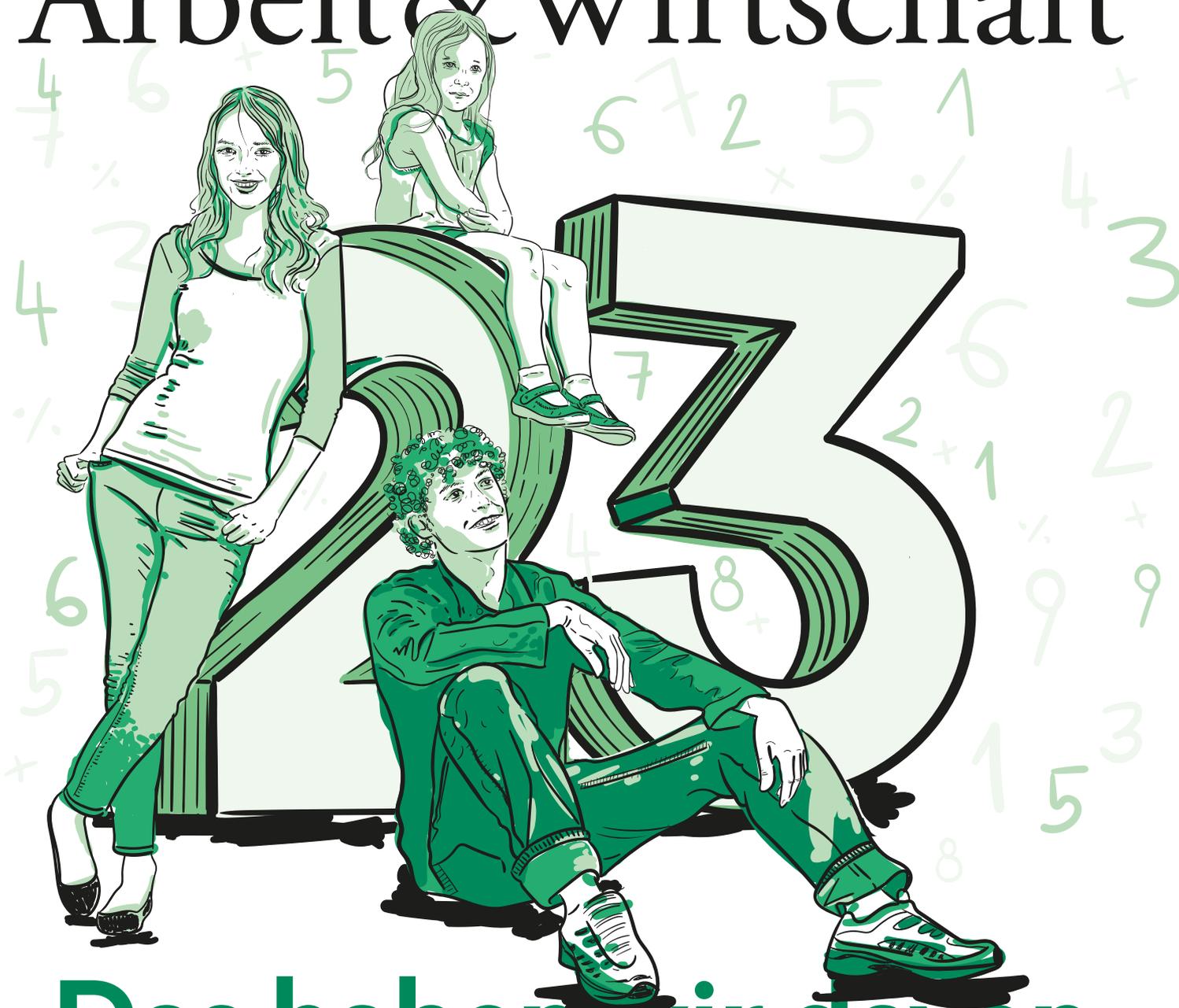


Arbeit & Wirtschaft



Das haben wir davon

Zahlen, menschlich gesehen: Wer vom neuen Budget wirklich profitiert. Warum soziale Sicherheit uns deutlich mehr wert sein muss. Eine Analyse mit Hausverstand.

Krankenstand / 20

AKH-Betriebsrat Wolfgang Hofer
über leidende Spitäler

Stillstand / 26

In Österreichs Gemeinden
explodieren die Kosten

#9



EVA WINTERER CHEFIN VOM DIENST
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
MIRIAM MONE ILLUSTRATIONEN
FLORIAN PRAXMARER LEKTORAT
SONJA ADLER SEKRETARIAT

Mitarbeiter:innen dieser Ausgabe

Sonja Adler, Boryana Badinska, Christian Domke Seidel, Alexander Foggensteiner, Thomas Jarmer, Simon Krackowizer, Stefan Mayer, Brigitte Pellar, Georg Sander, Korinna Schuhmann, Melanie Stranski, Eva Winterer, Markus Zahradnik

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Redaktionskomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impresum

Herausgeber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22,
 und Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
 Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793
 zeitschriften@oegbverlag.at
www.oegbverlag.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudörfel, Biokfordstraße 21

Verlagsort Wien**Herstellungsort** Neudörfel**Abonnementverwaltung und Adressänderung**

Johannes Bagga, Lukas Huemerlehner
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 2,50 (inkl. MwSt.)
 Jahresabonnement Inland € 20,- (inkl. MwSt.)
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto
 Für Lehrlinge, Student:innen und Pensionist:innen
 ermäßigtes Jahresabonnement € 10,- (inkl. MwSt.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25

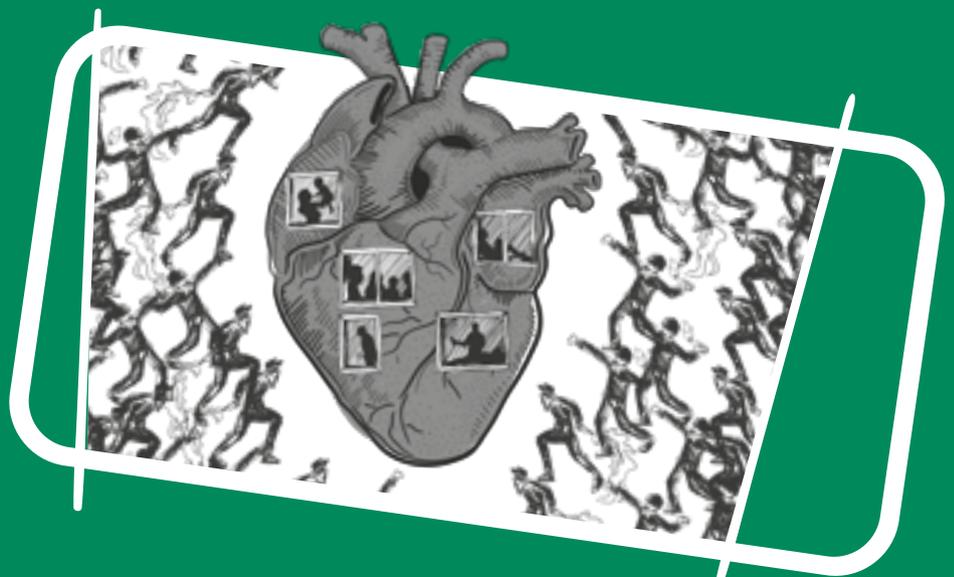
www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder Autor:in trägt die Verantwortung für seinen:ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter:innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

In Erinnerung an Natalia Nowakowska



Leukämie: Diese Diagnose hat uns im Team der Arbeit&Wirtschaft wie ein Blitz getroffen. Aber allen war klar: Natalia wird den Krebs besiegen. Natalia war wahrscheinlich die stärkste Persönlichkeit, die der ÖGB-Verlag jemals beschäftigt hat. Die Leidenschaft und Energie, mit der sie an ihre Projekte herangegangen ist, haben den ganzen Verlag auf ein neues Level gehoben. Die Kreativität ihrer Designs ist bis heute einzigartig. Bei ihr ist Berufung zum Beruf geworden. Natalia war eine Kollegin, die vielen von uns zur Freundin wurde, mit der man ohne Visier streiten konnte, mit der man bis in die Morgenstunden feiern konnte. Ihr Leukämietagebuch ließ uns mitfiebern, mitleiden, aber wir konnten uns auch mitfreuen, denn schließlich hat Natalia den Krebs besiegt. Leider war ihr Körper zu stark geschwächt. Es ist unfassbar. Wir vermissen dich.



Treffsicher daneben gezielt



EVA WINTERER
CHEFREDAKTION

Alle Jahre wieder: Es sind gerade die Wochen der Budgetanalysen und -debatten. In seiner Budgetrede am 12. Oktober 2022 sprach Finanzminister Magnus Brunner davon, dass eine solide Budgetpolitik keine Frage der Ideologie sei, sondern eine Frage des Hausverstands. Er kündigte an, dass die Regierung weiterhin den Weg der Entlastung gehen werde.

Ein guter Grund für uns, hinter das Zahlenwerk zu blicken und zu analysieren, wie ideologiefrei das dritte Budget der schwarz-grünen Regierung tatsächlich ist und wie viel Hausverstand es hat. Wir versuchen zu skizzieren, was die Regierung für die kommenden Jahre unter „Sicherheit und Transformation“ versteht, und beschäftigen uns mit den Auswirkungen ihrer in Zahlen gegossenen Politik: auf die arbeitenden Menschen, die soziale Sicherheit, die ökologische Transformation. Wir gehen der Frage nach, wer tatsächlich entlastet wird und wer – aus Sicht der Regierung – für die Entlastung zahlt. Renommiertere österreichische Ökonom:innen nehmen dazu in der Titelgeschichte Stellung.

Eine der großen Baustellen der österreichischen Politik ist der Gesundheitsbereich. Wolfgang Hofer, Personalvertreter der Pflegekräfte des AKH, spricht im Interview darüber, wie der akuter werdende Personalmangel immer mehr an die Substanz der Kolleg:innen geht und was aus Sicht der Personalvertretung notwendig wäre, um den Spitalsbetrieb versorgungssicher zu halten. Sicherheit beginnt schon in den kleinsten Strukturen und auf lokaler Ebene. Ein Blick in die Gemeindefinanzen zeigt ein dramatisches Bild. Durch Energiekrise und Inflation kracht und knirscht es in den Gemeindebudgets: Es fehlen 1,2 Milliarden Euro – und das hat Auswirkungen auf das Zusammenleben und die Infrastruktur.

Im Jahr 2000 wurde der Begriff „soziale Treffsicherheit“ zum Unwort des Jahres gewählt. Denn damals – unter Schwarz-Blau I – war „Treffsicherheit“ das Argument für einen Abbau von Sozialleistungen. Ein Grund, auch heute beunruhigt zu sein?

Es stellt sich schlussendlich die Frage, was Magnus Brunner mit der Bezeichnung „ideologiefreies Budget“ und der Ankündigung von Entlastungen tatsächlich meint. Mir als gelernter politisch denkender Österreicherin drängt sich folgende Antwort auf: Als ideologiefrei wird etwas meist dann bezeichnet, wenn die tatsächlichen Auswirkungen wirtschaftsnahen Personen und Organisationen „treffsicher“ einen Mehrwert bringen, etwa durch Steuerentlastungen und Förderungen. Die Rechnung dafür wird – ebenso „treffsicher“ – von anderen übernommen. ▀

Inhalt

SOZIAL SICHER IN DIE ZUKUNFT

06 Das Budget in der Expert:innen-Analyse: Während Finanzminister Magnus Brunner von der Bevölkerung weniger Vollkaskotalität einfordert, vermissen Volkswirt:innen klare Aussagen hinsichtlich der Einnahmen – etwa in Hinblick auf eine Übergewinnsteuer.

TREFFSICHER DANEBEN

12 Der Begriff „Treffsicherheit“ ist wieder in aller Munde, und das war er auch schon vor 22 Jahren mit der Angelobung der ersten schwarz-blauen Regierung unter Wolfgang Schüssel. Ein Grund, beunruhigt zu sein?

DAS GEHT AN DIE SUBSTANZ

20 Es drückt der Schuh, es brennt der Hut. Wie man den Spitalsbetrieb wieder versorgungssicher machen kann, diagnostiziert Wolfgang Hofer, Vorsitzender der Personalvertretung im AKH Wien, im Interview.

Brauchen Universitäten mehr Energie?	11
Die „große Frage“ beantwortet Boryana Badinska	
Danke für nichts!	16
Mangelnde Verfassungskonformität beim Gender Budgeting	
Plötzlich Bittsteller	26
Eine Reportage über niederösterreichische Abgangsgemeinden	
Unsere Budgethoheit	31
Historie: Budgetentscheidung und -kontrolle als demokratisches Grundrecht	
Den Gürtel enger schnallen?	32
Senkung der Staatsschuldenquote ohne Gegenfinanzierung möglich?	
Wie klimafit ist das Budget?	34
Wie stark trägt das Budget zur ökologischen Transformation bei?	
Es kracht und knirscht!	36
Österreichs Gemeinden hart am Limit: Es fehlen 1,2 Milliarden Euro	
Budgetanalyse: Soziale Handschrift gefragt	39
Ein Beitrag aus dem A&W-Blog	
Sparen ohne Vision	40
Überdenken strikter Sparvorgaben wird EU-weit dringlicher	
An die Arbeit	43
Sparen in der Arbeitsmarktpolitik – Nachhaltigkeit sieht anders aus	
Heilbar krank	44
Österreichs Gesundheitspolitik und ihr „Kostendämpfungspfad“	
Nachhaltige Maßnahmen? Fehlanzeige!	46
Das letzte Wort hat Korinna Schuhmann	



Wissen mit Mehrwert: Anti-Teuerung

Die Teuerung belastet aktuell viele Haushalte in Österreich und mittlerweile nicht mehr nur jene, die ohnehin von Armut bedroht sind. Wichtig bei steigenden Preisen ist, dass der Alltag der Menschen finanzierbar bleibt, insbesondere wenn es um Grundbedürfnisse wie Lebensmittel, Wohnraum, Energie oder Mobilität geht. Und es ist die Aufgabe des Staates, für Preisstabilität zu sorgen. Das Thema Inflation wird uns noch eine Weile stark beschäftigen. Daher setzt A&W einen Online-Schwerpunkt in der Rubrik „Anti-Teuerung“ – gebündelt und aktuell. [arbeit-wirtschaft.at/inflation](https://www.arbeit-wirtschaft.at/inflation)



Du bist für einen Perspektivenwechsel bereit?
Dann folge uns auf Facebook, Instagram, Twitter oder abonniere
unseren wöchentlichen Newsletter:

www.arbeit-wirtschaft.at/newsletter

Sozial sicher in die Zukunft

Das Budget in der Expert:innen-Analyse: Während Finanzminister Magnus Brunner von der Bevölkerung weniger Vollkaskotalität einfordert, vermissen Volkswirt:innen klare Aussagen hinsichtlich der Einnahmen – etwa in Hinblick auf eine Übergewinnsteuer.

TEXT SIMON KRACKOWITZER

Mehr Eigenverantwortung, weg von Anspruchsdenken und Vollkaskotalität, das fordert der Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) von den Österreicher:innen. „Wir müssen wirklich schauen, dass wir von diesem Nanny-Staat wegkommen“, sagte er im Zusammenhang mit der Präsentation seines Budgetentwurfs im Interview mit NEWS – also weg vom Kindermädchen-Staat. Die Erwartungshaltung gegenüber dem Staat sei seit Corona gewaltig gewachsen, sei schlichtweg zu hoch. „Der hat gut reden“, meint eine Mindestpensionistin.

Brunners erste Budgetrede trug dann den Titel „Aus Verantwortung für morgen – sicher in die Zukunft“. Darin versuchte er einerseits, Sicherheit zu vermitteln, und sprach zugleich wiederholt von Transformation. Was steckt in Brunners Haushaltsentwurf nun wirklich drin? Wie viel Sicherheit bringt sein Finanzfahrplan für 2023 tatsächlich und vor allem wem? Und was sagt dieser über den Kurs der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung aus? Arbeit&Wirtschaft hörte sich unter führenden Ökonom:innen um.

Schlechte Großwetterlage

Grundsätzlich schauen Österreichs Ökonom:innen ernüchert ins kommende Jahr. Die Wirtschaft wird 2023 kaum noch wachsen, es droht gar die „Stagflation“ – also eine Phase mit niedrigem Wirtschaftswachstum sowie hoher Inflation und steigenden Zinsen. Stagflation geht üblicherweise mit niedrigerem Beschäftigungswachstum und steigender Arbeitslosigkeit einher. An so etwas können sich heute nur noch Pensionist:innen erinnern, denn das gab es in Österreich seit den 70er-Jahren nicht mehr.

„Die Budgetpläne bringen deutlich mehr Geld für innere und äußere Sicherheit, lassen jedoch eine ähnliche Investitionsoffensive in die soziale Sicherheit hingegen vermissen. Doch für viele Menschen bedeutet die Energie- und Teuerungskrise eine konkrete und unmittelbare Bedrohung. Die zielgerichtete Verbesserung des Sozialstaates ist das Gebot der Stunde“, betont AK-Chefökonom Markus Marterbauer in einer Aussendung.

„Die Politik muss bei der Profit-Preis-Spirale ansetzen. Und es braucht einen Strukturwandel, der bei der Eindämmung von Übergewinnen starten muss.“

Elisabeth Springler, Volkswirtin bfi Wien

Margit Schratzenstaller-Altzinger, Budgetexpertin und Senior Economist des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO), sieht das Budget mit „Inflation, steigender Schuldenlast, steigenden Zinsen, dem Anstieg der Energiepreise sowie dem demografischen Wandel herausfordernd“. Sie kann Brunners Budgetplan „durchaus soziale Komponenten abgewinnen“ – die Anpassung der Pensionen zum Beispiel, die sie „für angemessen“ hält. Dafür sind im kommenden Jahr 2,7 Milliarden Euro mehr budgetiert. Damit will man die Teuerung vor allem bei den Bezieher:innen niedriger Pensionen abfedern (siehe Kasten).



Für die WIFO-Expertin ist zudem die Indexierung der Familien- und Sozialleistungen, die künftig automatisch an die Inflation angepasst werden, „ein Fortschritt“. Die automatische Valorisierung der Sozialleistungen macht im kommenden Jahr 363 Millionen Euro aus, bis 2026 sind es 1,3 Mrd. Euro.

Eine ordentliche Aufstockung bekommt der Budgetposten „soziale Dienste“ für 2023: Es wurden 774,6 Millionen Euro mehr budgetiert, die vor allem in die Pflege fließen sollen. Das Gesamtbudget für diesen Bereich liegt damit bei 5,04 Milliarden Euro. Das sei ein Anfang, „eine umfassende Pflegereform steht allerdings noch aus“, so Schratzenstaller-Altzinger gegenüber Arbeit&Wirtschaft.

Nicht nachhaltig

Christoph Badelt, Präsident des Fiskalrats, kritisiert die mangelnde Nachhaltigkeit von Brunners Budgetentwurf. Die Nettoneuverschuldung sehe mit 2,7 Prozent „auf dem Papier zwar nicht schlecht“ aus, wie er im Interview mit Ö1 betont. Jedoch sei dieser vergleichsweise niedrige Wert „ein Effekt, der durch die Inflation entsteht, weil mit ihr zunächst auch die Einnahmen für den Fiskus sprudeln“. Die Inflation wirke sich über den Anstieg der Steuern und Abgaben heuer und nächstes Jahr positiv auf das Budget aus. Allerdings werde sich dieser Effekt in den Folgejahren umkehren und dann Schwierigkeiten bei der Erstellung kommender Budgets machen, also den Österreicher:innen auf den Kopf fallen. In Wahrheit sei die Neuverschuldung, so Badelt, „eine Scheinwahrheit, mit der wir nicht zufrieden sein können“.

Über Jahrzehnte kritisiert und diskutiert, kommt jetzt das Aus für die kalte Progression. Als Ablaufdatum für diese schleichende Steuererhöhung ist der 1. Jänner 2023 festgelegt, die Österreicher:innen ersparen sich bis 2026 in Summe mehr als 20 Milliarden Euro. „Die Abschaffung der kalten Progression entlastet primär mittlere Einkommen“, so Schratzenstaller.

Ob gerade jetzt mitten in der Turboinflation der geeignete Zeitpunkt ist, dieses Steuerprojekt umzusetzen? Die eine Seite argumentiert, dass die Menschen gerade jetzt jede Ersparnis brauchen können, und dazu zählt, dass vom Bruttogehalt netto mehr übrig bleibt. Zugleich geht dem Bundeshaushalt dadurch eine Menge Geld verloren, das etwa für höhere Sozialausgaben zur Ab-

Soziale Handschrift fehlt Angaben in Mrd. Euro

Quelle: Budgetentwurf 2023, Stand 12.10.2022

Gesundheit 2,86 
Inneres 3,25 
Verteidigung 3,32 



Das Problem der gerechten Verteilung liege nicht zuletzt darin, dass hierzu eine entsprechende Datengrundlage geschaffen werden müsse. „Das hat sich bereits bei den Corona-Hilfspaketen gezeigt“, so Margit Schratzenstaller-Altzinger.

federung der Teuerung verwendet werden könnte. „Die budgetäre Einschränkung durch die Abschaffung der kalten Progression ist eindeutig“, so Schratzenstaller.

Durch die Abschaffung der kalten Progression klaffe eine Lücke, die zu finanzieren sei, betont auch Badelt. Es werde einnahmen- wie auch ausgabenseitig zu Maßnahmen kommen müssen. Kündigt sich da am Ende bereits ein künftiges Sparpaket an?

Schwächen im Budgetplan

Vor allem in zwei Bereichen hat WIFO-Ökonomin Schratzenstaller Schwächen im Budgetplan entdeckt. Der eine ist der Bildungsbereich, wo zwar zusätzliche Budgetmittel vorgesehen sind, diese jedoch im Wesentlichen die Inflationkosten ausgleichen. Für Qualitatives bleibt da kein Geld übrig. Initiativen zur Steigerung der Bildungsmobilität – dass also Kinder aus bildungsschwachen Familien und/oder mit Migrationshintergrund höhere Abschlüsse machen – fehlen.

Generell hat Österreich großen Nachholbedarf bei der Integration. „Hier muss die Republik einfach mehr Geld in die Hand nehmen“, sagt Schratzenstaller. Und auch bei der Digitalisierung ortet sie Nachbesserungsbedarf.

Krisen-Gießkanne

Kritisch sieht die WIFO-Expertin, dass die bisherigen Entlastungspakete mit der Gießkanne über alle Einkommensschichten verteilt wurden. Hier könnte mit höherer sozialer Zielsicherheit mehr erreicht werden.

Auch Badelt kritisiert die Krisen-Gießkanne: Wenn es darum geht, Menschen vor wirtschaftlicher Not zu bewahren, „müssen und sollen wir uns das leisten, auch wenn es zulasten der Verschuldung geht“, wie Badelt im ORF-Interview sagt. Das wirkliche Problem sei, dass teure Maßnahmen wie die Strompreisbremse oder der Teuerungsbonus an alle Einwohner:innen ausgeschüttet werden und nicht nur an jene, die dies dringend benötigen.

Faire Datengrundlage schaffen

Das Problem der gerechten Verteilung liege nicht zuletzt darin, dass hierzu eine entsprechende Datengrundlage geschaffen werden müsse, um künftig zielsicherer zu entlasten. „Das hat sich bereits bei den Corona-Hilfspaketen gezeigt. Das muss angegangen werden, es müssen hier die institutionellen Voraussetzungen geschaf-

Unternehmensbonus: Senkung der Körperschaftssteuer lässt Budgeteinnahmen sinken

Quelle: Budgetentwurf, 2022

800-900 MRD.

EURO PRO JAHR



Markus Marterbauer vermisst im Budgetentwurf eine ähnliche Investitionsoffensive in die soziale Sicherheit, wie in innere und äußere Sicherheit.

fen werden“, fordert Schratzenstaller-Altzinger. Es gäbe Datensätze, die intelligent verknüpft eine bessere Grundlage für die Verteilung schaffen könnten. „Selbstverständlich muss der Datenschutz gewährleistet werden, und man wird sich vorab Gedanken über die konkrete Umsetzung machen müssen“, wie sie betont.

„Die Regierung lässt erneut eine große Chance verstreichen, unser Steuersystem gerechter zu machen. Mit dem unverständlichen Festhalten an der Senkung der Körperschaftsteuer und dem Fehlen einer Übergewinnsteuer profitieren Konzerne doppelt.“

Markus Marterbauer, AK-Chefökonom

Fachkräfte ausbilden

Der zweite große Bereich, in dem weitere längerfristige Akzente gesetzt werden sollten, ist der Arbeitsmarkt – „konkret Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Wir benötigen grüne und digitale Fachkräfte“, sagt Schratzenstaller-Altzinger. Sie macht das am Beispiel des Heizungstauschs im Zuge der Dekarbonisierung fest: Dafür braucht es genug Fachkräfte, die das können. In diesen Berufen müsste auch die Lehrlingsausbildung attraktiver werden. Finanzminister Brunner sprach in seiner Budgetrede wiederholt

von Transformation, doch woher die dafür nötigen Budgetmittel kommen sollen, bleibt weitgehend offen.

Die Volkswirtin Elisabeth Springler hat hingegen eine klare Idee, wie die Budgetlücke zu schließen sei. Die Professorin an der Fachhochschule des bfi Wien sagt, dass die Gründe für die Inflation „steigende Energiekosten und steigende Profite der Unternehmen sind.“ Daher müsse die Politik bei dieser Profit-Preis-Spirale ansetzen. Und es brauche einen Strukturwandel, der, wie sie sagt, „bei der Eindämmung von Übergewinnen starten muss“.

Steuerlücke schließen

Zum Thema Übergewinnsteuer betont WIFO-Expertin Schratzenstaller, dass die EU-Beschlüsse dazu so rasch wie möglich umzusetzen seien: „Das Geld wird man gut gebrauchen können.“

Auch die für 2023 und 2024 geplante schrittweise Senkung der Körperschaftsteuer hat aus ihrer wie auch aus Marterbauers Sicht nicht oberste Priorität. Denn auch dadurch gehen dem Bundeshaushalt Einkünfte verloren. Effizienter seien gezielte Entlastungen, wie der neue Investitionsfreibetrag mit Ökologisierungskomponente.

AK-Ökonom Marterbauer vermisst außerdem die Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften genauso wie ein Maßnahmenprogramm gegen die klaffende Steuerlücke: „Die Regierung lässt hier erneut eine große Chance verstreichen, unser Steuersystem gerechter zu machen. Mit dem unverständlichen Festhalten an der Senkung der Körperschaftsteuer und dem Fehlen einer Übergewinnsteuer profitieren Konzerne doppelt.“ Marterbauer appelliert abschließend, dass am Ende „nicht wieder die Arbeitnehmer:innen für die diversen Budgetgeschenke bezahlen“ sollen.

Der Budgetplan für 2023 im Überblick

Familie und Jugend: Anstieg der Ausgaben um 38,1 Millionen Euro. Die Auszahlungen sind für 2023 mit 8,12 Milliarden Euro veranschlagt. Die Mittel werden vor allem für Familienleistungen wie Familienbeihilfe oder Kinderbetreuungsgeld verwendet.

Pensionen: 13,95 Milliarden Euro sind veranschlagt. Die Steigerung wird vor allem mit wachsenden Pensionsaufwendungen begründet. Das Geld soll primär zur Finanzierung der Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung sowie der Ausgleichszulagen verwendet werden.

Die rund 2,5 Millionen ausbezahlten Pensionen sind folgendermaßen gestaffelt:

- Für rund 200.000 Pensionist:innen mit einer Monatspension von etwas mehr als 1.000 Euro, die daher eine Ausgleichszulage beziehen, werden die Pensionen 2023 um 10,2 Prozent erhöht.
- Für 1,2 Millionen oder 53 Prozent der Pensionist:innen, die eine Pension bis 1.700 Euro beziehen, wird die Pension um 8,2 Prozent erhöht.
- Für rund 400.000 Menschen, die zwischen 1.700 und 2.360 Euro beziehen, wird die Pension je nach Höhe um 5,8 bis 8,2 Prozent angehoben.
- Bei weiteren 400.000 Pensionist:innen mit 2.360 bis 5.670 Euro steigt die Pension um 5,8 Prozent.

Gesundheit: Die Ausgaben sinken um 1,74 Milliarden Euro. Grund dafür sind erwartete geringere Ausgaben für die Coronapandemie. Insgesamt sind für 2023 die Auszahlungen im Gesundheitsbereich mit 2,86 Milliarden Euro veranschlagt.

Bildung: Die Ausgaben steigen für 2023 auf 11,254 Milliarden Euro an. 82 Prozent davon sind für Personalkosten reserviert. Wichtige Faktoren für die Steigerung sind laut Budgetbericht mehr Schüler:innen und höhere Lehrer:innengehälter.

Hochschulen: Die Universitäten erhalten im neuen Budget in den kommenden vier Jahren jeweils 250 Millionen Euro zur Teuerungsabgeltung.

Umwelt und Mobilität: 3,2 Milliarden Euro Budgetaufstockung. Erhöhungen gibt es im Bereich der Mobilitäts- und Forschungs-

ausgaben. Der Schwerpunkt der Budgetplanung bis 2026 liege darin, Unabhängigkeit von Erdgas, insbesondere aus Russland, zu erreichen, so das Ministerium.

Soziales und Konsumentenschutz: Anstieg durch die Pflege-reform um 774,6 Millionen Euro. Damit beträgt das Budget für 2023 in diesem Bereich 5,04 Milliarden Euro. Die Mittel werden in erster Linie zur Finanzierung der Bundesausgaben im Pflegebereich verwendet.

Sport: Gesamtbudget 2023 bei 231,5 Millionen Euro. Dies ist eine Erhöhung um 48,5 Prozent und die größte in der Geschichte des Sportministeriums.

Kunst- und Kultur: Das Budget steigt auf 620,2 Millionen Euro an. Ein Teil davon ist als Inflationsausgleich vorgesehen. Davon bekommen die Bundesmuseen und -theater je 11 Millionen Euro dazu, und 15,5 Millionen Euro gehen in die zusätzliche Förderung der übrigen Kulturszene.

Bundesheer: Im kommenden Jahr sind es 680 Millionen Euro zusätzlich, damit entspricht das Budget des Bundesheers 2023 insgesamt 3,32 Milliarden Euro.

Innere: Das Ressort für innere Sicherheit sieht eine Erhöhung des Finanzrahmens um 78,7 Millionen Euro auf insgesamt 3,25 Milliarden Euro vor – so viel wie noch nie in der Zweiten Republik.

Justiz: Die Justiz bekommt rund 220 Millionen Euro mehr, damit sollen unter anderem 120 zusätzliche Planstellen für Staatsanwälte, Richter:innen und IT-Expert:innen im Bereich Cyberkriminalität finanziert werden. Die Mittel für den Rechnungshof steigen auf 42,2 Millionen Euro.

Außenministerium: Das Budget für das kommende Jahr wurde mit 635,5 Millionen Euro veranschlagt. Der Auslandskatastrophenfonds wird um 20 Millionen Euro aufgestockt, für die Entwicklungszusammenarbeit soll es zwölf Millionen Euro mehr geben. ▀

Brauchen Universitäten mehr Energie?

Drei österreichische Universitäten erstmals unter den Top 200 im „Higher Education Ranking“, das ist ein klarer Auftrag für Österreichs Hochschulen, weiter an der Qualitätsverbesserung in Lehre und Forschung zu arbeiten – ein Auftrag, der durch die finanziellen Rahmenbedingungen erschwert wird. Seit der „Universitätsfinanzierung NEU“ ist das Budget an Kennzahlen geknüpft, die oft unerreichbar sind. Die Folge ist ein Sparkurs, der sich etwa in der Lehre und in prekären Arbeitsverhältnissen für Forschende – von einer befristeten Anstellung zur nächsten – bemerkbar macht. Jetzt, in Zeiten der

Teuerung, ist die Situation noch fataler: Es braucht zusätzliches Budget für Energie- und Personalkosten, vom Staat gibt es zu wenig. Universitäten haben angekündigt, ihren Betrieb einschränken zu müssen, was für Österreich katastrophale Folgen hätte und uns um Jahre zurückwerfen würde. Für zukunftsfitte Universitäten braucht es eine öffentliche Ausfinanzierung und Rahmenbedingungen, unter denen Studierende nicht nur als Mittel zum Erreichen von Kennzahlen gesehen werden, sondern ihnen als Kolleg:innen auf Augenhöhe begegnet wird.



BORYANA BADINSKA

STV. VORSITZENDE ÖSTERREICHISCHE HOCHSCHÜLER:INNENSCHAFT

Politik als Jägerlatein treffsicher daneben

Der Begriff „Treffsicherheit“ ist wieder in aller Munde, und das war er auch schon vor 22 Jahren mit der Angelobung der ersten schwarz-blauen Regierung unter Wolfgang Schässel. Ein Grund, beunruhigt zu sein?

TEXT EVA WINTERER

Was soll mit dem Begriff „Treffsicherheit“ in Bezug auf sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen ausgedrückt werden? Was bedeutete dieser Begriff vor 22 Jahren und was heute? Genau genommen wurde der Begriff „Treffsicherheit“ bis 2000 vor allem in drei Bereichen verwendet: beim Militär, bei der Jagd und im Sport. Gemeinsam ist ihnen: Es gibt ein Ziel und die Möglichkeit festzustellen, ob bzw. wie genau es getroffen wurde. Und all diesen Bereichen haftet etwas Vernichtendes an.

Wie passt das mit Sozial- und Wirtschaftspolitik zusammen? Eigentlich gar nicht, wenn man der Argumentation jener Jury folgt, die im Jahr 2000 „soziale Treffsicherheit“ zum Unwort des Jahres wählte. Die Begründung der Jury lautete: „Seine besondere Qualität als ‚Unwort‘ bekommt es vor allem durch seine negative Mehrdeutigkeit.“ Denn „Treffsicherheit“, so die Jury, sei eine Metapher für erfolgreiches Kämpfen, impliziere eher Konfrontation als Kooperation und sei nicht darauf ausgerichtet, gesellschaftliche Gegensätze zu vermindern. Zusätzlich verschleierte es das Ziel, das politisch angestrebt wird: die Streichung bisheriger Sozialleistungen.



Schwarz-blaues Déjà-vu

Als zentrales Ziel war im Programm der ersten schwarz-blauen Regierung unter Wolfgang Schüssel festgeschrieben: eine „moderne“ Sozialpolitik im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Verantwortung, Leistungsbereitschaft und Solidarität. Zur Abwendung einer drohenden Unfinanzierbarkeit und geringer „sozialer Treffsicherheit“ müsse es zu einer Neuordnung der Sozialpolitik kommen. Finanzminister Karl-Heinz Grasser präzisierte in seiner Budgetrede, dass es im Sinne einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu mehr Eigenverantwortung und Selbstbestimmung, zu weniger Indifferenz bei der Verteilung innerhalb der Sozialleistungen sowie zu mehr sozialer Gerechtigkeit für die „wirklich Bedürftigen“ kommen müsse.

Die Wortwahl lässt aufhorchen. Sie ähnelt, nein, sie gleicht jener, mit der auch heute die Diskussion rund um die Auswirkungen der Energiekrise und der Inflation sowie die Kollektivvertragsverhandlungen seitens der Arbeitgeber:innen geführt werden: Leistung muss sich lohnen, es braucht mehr Eigenverantwortung und Selbstbestimmung sowie soziale Gerechtigkeit für die wirklich Bedürftigen.

Unter dem Begriff „soziale Treffsicherheit“ setzte damals jedenfalls ein gigantischer Umverteilungsprozess von unten nach oben ein, wie der „Falter“ analysierte. In Arbeit&Wirtschaft war zu lesen: „Treffsicher waren die Maßnahmen der Bundesregierung nur dahin gehend, dass das Vertrauen in die soziale Sicherheit des Landes nachhaltig erschüttert wurde. Frei nach dem Motto: ‚Ist der Ruf (des Sozialstaates) erst einmal ruiniert, regiert sich’s völlig ungeniert!‘“

Und heute? Vor dem Hintergrund der Energie- und Teuerungskrise setzte die österreichische Bundesregierung unter Bundeskanzler Karl Nehammer per Ministerratsbeschluss vom 30. März 2022 eine Expert:innengruppe ein. Deren Aufgabe war es, erste Einschätzungen zur Entwick-



Treffsicherheit sehe anders aus, so Helene Schubert, Chefökonomin des ÖGB, denn auf das oberste Quintil entfallen 30 Prozent des gesamten Progressionsentlastungsvolumens, während das unterste Einkommensquintil nur neun Prozent davon erhält.

lung der Teuerung sowie zu potenziellen Gegenmaßnahmen zu liefern. Im Vordergrund der Bewertung stand für die Regierung die Beurteilung der „sozialen Treffsicherheit“ der Maßnahmen. „Soziale Treffsicherheit“ wird dann als gegeben angesehen, wenn von einer Maßnahme vor allem armutsgefährdete Haushalte bzw. Haushalte mit geringen Einkommen, die keine ausreichenden Ersparnisse haben, erreicht werden, also – wie es bereits Grasser 2000 formulierte – die „wirklich Bedürftigen“.

Halten die Ziele, die sich die schwarz-grüne Regierung unter Karl Nehammer gesetzt hat, der Realität stand? Oder ist es doch eher Jägerlatein? Ein Blick auf den aktuellen Mix an Antiteuerungsmaßnahmen und COFAG-Förderungen sowie auf deren tatsächliche Treffsicherheit verleitet dazu, „eher nicht“ zu sagen.

Überfordert und überfördert

Irgendwie las sich der am 28. Oktober 2022 veröffentlichte Rechnungshofbericht „COFAG und Zuschüsse an Unternehmen“ wie ein Politthriller. Zu Beginn der Pandemie im Jahr 2020 schuf der Bund innerhalb weniger Tage eine neue Fördergesellschaft, betraute diese mit der Ab-

wicklung der COVID-19-Maßnahmen für Unternehmen und stattete sie mit 19 Milliarden Euro aus. Dabei wurde, wie der Rechnungshof in seinem Bericht anmerkt, die neue Förderinstitution geschaffen, ohne die Willensbildung und Entscheidungsfindung im Finanzministerium unter dem damaligen Finanzminister Gernot Blümel nachvollziehbar zu dokumentieren oder Alternativen abzuwägen.

Die Eckpunkte der Rechnungshofkritik bezogen sich auf:

- **hohe Beratungskosten:** So fielen von März 2020 bis Jahresende 2021 knapp 36 Millionen Euro an Beratungskosten an. Es wurde etwa zur Protokollführung der Sitzungen des Aufsichtsrats ein externer Protokollführer beauftragt. Kostenpunkt für 30 Sitzungen im Zeitraum April bis September 2020: 125.000 Euro.

- **Überförderung von bis zu 117 Millionen Euro:** Speziell beim Lockdown-Umsatzersatz für November bis Dezember 2020 war es Unternehmen bei Zugehörigkeit zu einer bestimmten Branche möglich, Zuschüsse zu erlangen, ohne einen finanziellen Schaden nachweisen zu müssen. Der Rechnungshof ermittelte, dass sich etwa bei 50 ausgewählten Unternehmen

durch gleichzeitigen Bezug von COVID-19-Kurzarbeitsbeihilfe und Umsatzerstatt im November – also für einen Monat – eine potenzielle Überförderung von 29 Millionen Euro ergab.

- **Zuschussinstrumente:** Diese unterscheiden sich nicht nach der Größe und finanziellen Ausstattung der Unternehmen. Das führte, so der Rechnungshofbericht, zu einem beträchtlichen Überförderungspotenzial bei Konzernen.

- **Evaluierung der finanziellen Hilfsmaßnahmen:** Das Finanzministerium verfügte über kein Konzept für eine wissenschaftlich begleitete Evaluierung der finanziellen Hilfsmaßnahmen und über kein systematisches Monitoring der Treffsicherheit der Zuschussinstrumente.

Ein Zuschuss in den Ofen

Der höchste bis Ende Juni 2021 ausbezahlte Zuschussbetrag belief sich laut Rechnungshofbericht auf 13,94 Millionen Euro. Es handelte sich dabei um einen Beherbergungsbetrieb, der vier Zuschussinstrumente beantragt hatte. Unter den zehn größten Zuschussempfängern waren außerdem vier Bergbahnbetriebe in Kärnten, Salzburg und der Steiermark sowie zwei Beherbergungsbetriebe.

Da die Zuschüsse keine Konzernbetrachtung erforderten, war jedes einzelne Konzernunternehmen antragsberechtigt. Daher erhielt etwa ein Handelskonzern mit 47 rechtlich selbstständigen Unternehmen in Summe 16,02 Millionen Euro an Zuschüssen.

Budgetdienst: Verteilung, die wirkt – aber wie?

Laut Statistik Austria betrug die Inflation heuer im Oktober 11,0 Prozent. Preistreiber sind weiterhin Energie und Lebensmittel – und das Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht. Dessen ungeachtet argumentieren Arbeitgeber:innen in den Kollektivvertragsverhandlungen mit den

Metaller:innen, dass die Regierung mit der Abschaffung der kalten Progression und der Erhöhung des Pendlerpauschales bereits zur Entlastung und Abfederung der Inflation beiträgt. Stimmt das?

Die Zahlen, die der Budgetdienst in seiner Analyse veröffentlichte, sagen etwas anderes, denn von der Abschaffung der kalten Progression und der Kompensation der CO₂-Steuer sowie vom erhöhten Pendlerpauschale profitieren vor allem die höheren Einkommen. Tragen diese Maßnahmen also nach Logik der Regierung zur Entlastung der „Bedürftigen“ bei, oder wird hier im Jahr 2023 gar Klientelpolitik betrieben – für die Unternehmer:innen, die durch niedrige Lohnabschlüsse höhere Gewinne machen, und die Besserverdiener:innen, die von den Entlastungsmaßnahmen stärker profitieren?

Dazu ein Blick in die vor Kurzem veröffentlichte Analyse des Budgetdienstes des Parlaments zur Verteilungswirkung der drei Maßnahmenpakete der Bundesregierung zum Teuerungsausgleich, die auf Anfrage der NEOS erstellt wurde. Das Ergebnis: Im Jahr 2022 wird vieles unterstützt. Mit dem kommenden Jahr 2023 reißt die Unterstützung abrupt ab. Zusätzlich wird eine Verschiebung der Leistungen von den untersten Einkommensdezilen – also den untersten Zehnteln der Einkommensverteilung – zu den obersten mehr als sichtbar. Gesamtheitlich gesehen profitieren die Einkommensdezile am meisten. Sie werden unterm Strich stärker entlastet als sehr niedrige Einkommen.

Zurück an den Start

Die Regierung geht in ihrer Maßnahmenplanung von einem Inflationsschock aus, der voraussichtlich ein bis zwei Jahre dauern wird. Bereits im Juni 2022 attestierte das WIFO, dass sich armutsbetroffene und armutsgefährdete Haushalte die Mehrausgaben durch die hohen Preissteigerungen aufgrund niedriger verfügbarer Haushaltseinkommen und nur geringer bzw. gar nicht vorhandener Ersparnisse kaum leisten

können. Denn die finanziellen Konsumeinschränkungen zeigten bereits zum Jahresende 2021 folgendes Bild:

- 1,7 Millionen Menschen, das sind 28 Prozent der Bevölkerung, also mehr als ein Viertel, waren bereits 2021 nicht in der Lage, unerwartete Ausgaben in der Höhe von 1.300 Euro aus eigenen Mitteln zu bezahlen, ohne sich etwas zu leihen oder Rückstände in Raten zu zahlen.
- Regelmäßig kostenpflichtige Freizeitaktivitäten konnten sich 17 Prozent nicht leisten.
- Jede Woche kleinere persönliche Ausgaben zu tätigen, etwa für eine Kinokarte oder ein Eis, war für zehn Prozent oder 628.000 Personen nicht möglich.
- 369.000 Menschen konnten es sich im November und Dezember 2021 nicht leisten, ihre Wohnungen angemessen warm zu halten. Das sind sechs Prozent der in Österreich lebenden Menschen.
- 363.000 Menschen konnten sich aus finanziellen Gründen nicht mehr angemessen ernähren.

Weiters legt das WIFO in der Analyse für die Festlegung der Antiteuerungsmaßnahmen in einem Research-Brief dar: „In den zehn Prozent der Haushalte mit dem niedrigsten verfügbaren Einkommen (1. Äquivalenzeinkommensdezil bis rund 15.591 Euro jährliches Nettoeinkommen) reicht das verfügbare Haushaltseinkommen nur zur Finanzierung von 68 Prozent der Konsumausgaben aus. Den Rest müs-

Jährliche finanzielle Mehrbelastung pro Kopf

Quelle: Budgetdienst des Parlaments,
Oktober 2022



„Das Festhalten an der KöSt-Senkung und die Tatsache, dass Gegenfinanzierungsmaßnahmen nicht angedacht werden, zeigt, dass keine Transformation in Richtung gerechte Steuerstruktur umgesetzt wurde.“

Helene Schubert, Chefökonomin des ÖGB

sen diese Haushalte über Ersparnisse oder über Verschuldung finanzieren.“

Gegenmaßnahmen sind daher das Gebot der Stunde. Das nun vom Budgetdienst analysierte Antiteuerungspaket der Bundesregierung umfasst ein Gesamtentlastungsvolumen von insgesamt 11,56 Milliarden Euro. Davon entfallen 6,48 Milliarden Euro auf das Jahr 2022 und 5,09 Milliarden Euro auf 2023. Dabei zeigt die Analyse eine auf den ersten Blick relativ gleichmäßige Verteilung der Entlastungsvolumina von 19 bis 21 Prozent über alle Quintile (Einkommensfünftel) hinweg auf. Die obersten beiden Quintile, die jene Haushalte mit den höchsten Einkommen repräsentieren, erhalten jeweils einen Anteil von 21 Prozent. Das sind in Summe 4,8 Milliarden Euro.

Helene Schubert, Chefökonomin des ÖGB, kritisiert, dass die beschlossenen „Entlastungspakete“ vorwiegend auf Einmalzahlungen basieren. Der rasante Inflationsanstieg wird damit nicht gedämpft, und die Inflationsrate wird auch in den nächsten Jahren voraussichtlich hoch bleiben. Der ÖGB fordere, so Schubert, die Regierung seit Monaten auf, rasch Maßnahmen zur Dämpfung der Preisanstiege bei Energie, bei den Treibstoffen und Lebensmitteln einzuführen. „Die Strompreismbremse ist nicht weitreichend genug, da sie nur die Stromrechnung bezuschusst und für alle anderen Energieträger keine preis-senkenden Maßnahmen gesetzt werden“,

so Schubert. Statt eines Zuschusses wäre eine klare Preisregulierung mit fixen Obergrenzen bei Strom und Wärme notwendig, solange die Energiepreise hoch bleiben.

Steigende Belastung

Das unterstreicht nun auch die Analyse des Budgetdienstes. Sie zeigt, dass die Belastung im kommenden Jahr stark ansteigen wird. Beträgt sie im Jahr 2022 durchschnittlich 1.090 Euro pro Person, werden es im Jahr 2023 bereits 2.105 Euro sein.

Gleichzeitig zeigt sich, dass besonders die unteren Einkommensdezile die Mehrbelastungen im Jahr 2023 zu spüren bekommen werden und diese, zum aktuellen Zeitpunkt, nicht abgedeckt werden. Die Berechnungen zeigen, dass die inflationsbedingte Belastung der unteren sieben Dezile (15.591 bis 36.785 Euro jährliches Nettoeinkommen) nicht in vollem Umfang ausgeglichen wird, während in den obersten beiden Dezilen die Einkommen stärker als die Mehrbelastung durch die Inflation steigen werden.

Cui bono?

„Finanzminister Brunner spricht in Bezug auf die Abschaffung der kalten Progression von der ‚größten Transformation des Steuersystems‘. Die Art und Weise, wie die kalte Progression abgeschafft wurde, verschärft jedoch die Ungleichheit“, bringt es Helene Schubert in ihrer Kritik am Budgetplan

für 2023 auf den Punkt. Treffsicherheit sieht also anders aus, denn, so Schubert, auf das oberste Quintil entfallen 30 Prozent des gesamten Progressionsentlastungsvolumens, während das unterste Quintil nur neun Prozent davon erhält. Ein tatsächlicher Umbau des Steuersystems erfolgt also keineswegs. Schubert: „Das Festhalten an der KöSt-Senkung und die Tatsache, dass Gegenfinanzierungsmaßnahmen wie Übergewinnsteuern oder Vermögensteuern nicht angedacht werden, zeigt, dass keine Transformation in Richtung gerechte Steuerstruktur umgesetzt wurde. Die Senkung der Körperschaftsteuer führt zu Mindereinnahmen von etwa 800 bis 900 Millionen Euro pro Jahr – und das in einer Situation der drohenden Stagflation.“

Eine Schiefelage? Definitiv. Und wenn die Regierung jetzt von „Treffsicherheit“ spricht, so muss man die Frage stellen: Cui bono? Also wer – welche Zielgruppe oder Wählerschaft – profitiert von den Maßnahmen? Das soll in keinsten Weise die grundsätzliche Sinnhaftigkeit der Entlastungsmaßnahmen oder die Notwendigkeit der Unterstützung der in Armut lebenden oder armutsgefährdeten Menschen schmälern. Doch es soll den Blick auf die Mechanismen, die Rhetorik und das Sand-in-die-Augen-Streuen lenken, wie es bereits 2000 versucht wurde, als „Treffsicherheit“ zum Unwort des Jahres gekürt wurde. Die Folgen der damaligen Politik sind hinlänglich bekannt. ▀

Danke für nichts!

Seit 2009 ist das Prinzip des Gender Budgeting in der Verfassung verankert. Doch bis heute wird die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern im Staatshaushalt kaum berücksichtigt. Das ist auch beim Budget 2023 nicht anders. Eine Abrechnung.

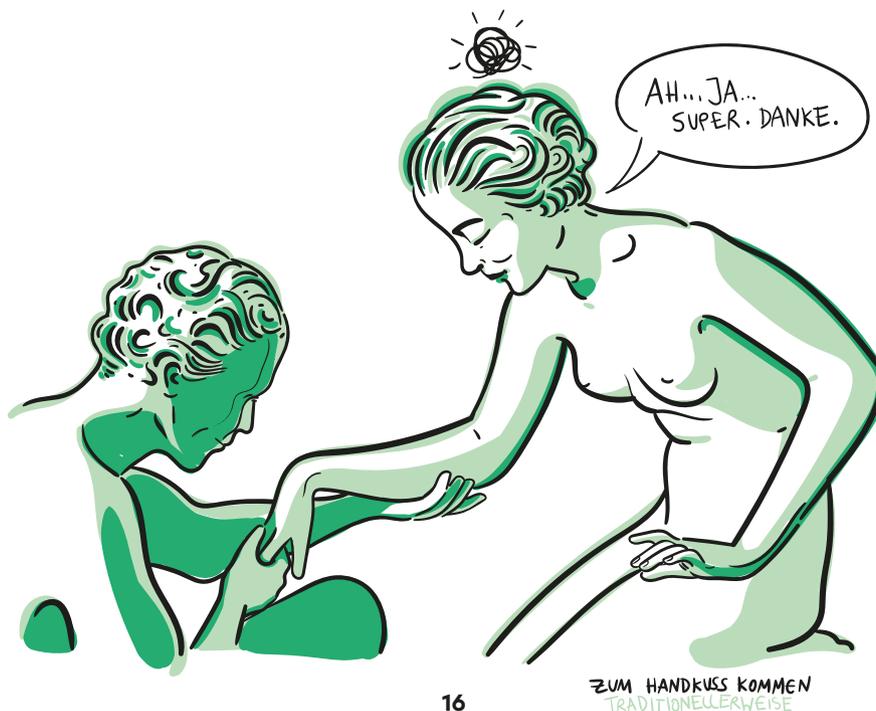
TEXT ALEXIA WEISS

Einst hielt schon Simone de Beauvoir fest: „Frauen, die nichts fordern, werden beim Wort genommen – sie bekommen nichts.“ Jene Frau, die hier im Sinn ihrer Geschlechtsgenossinnen in der Regierung agieren sollte, ist Frauenministerin Susanne Raab. Sie bemühte sich diesen Oktober, die Erhöhung der Budgetmittel für Frauenanliegen als großen Erfolg zu verkaufen. 24,3 Millionen Euro wird das Frauenbudget 2023 betragen – das sind 5,9 Millionen Euro mehr als noch in diesem Jahr und, wie Raab betont, „das höchste Frauenbudget aller Zeiten“.

Doch eine Zahl für sich alleine sagt wenig aus. Die Relationen geben da mehr Aufschluss. 115,1 Milliarden Euro hat der Finanzminister für 2023 veranschlagt – ein Defizit von 17 Milliarden Euro ist hier bereits einkalkuliert, denn einnahmenseitig geht die Regie-

rung von 98,1 Milliarden Euro aus. Das Frauenbudget beträgt hier 0,02 Prozent aller zur Verfügung stehenden Mittel – zwei Promille also. Heuer waren es 0,18 Prozent. Das nun als historischer Erfolg verkaufte Frauenbudget ist also mehr als bescheiden.

Das Gros davon fließt übrigens in den Gewaltschutz – doch nicht einmal hier wird das abgedeckt, was benötigt wird. 2011 unterzeichnete Österreich die Istanbul-Konvention, ein Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Um den darin enthaltenen Vorgaben gerecht zu werden, bräuchte es in diesem Bereich nach Berechnungen der Allianz Gewaltfrei leben 228 Millionen Euro pro Jahr und 3.000 Arbeitsplätze im Bereich Gewaltprävention, gibt die selbstständig arbeitende Ökonomin Elisabeth Klatzer zu



bedenken. Bei jedem Frauenmord, der bekannt wird, bekennt sich die Politik zu mehr Schutz für Frauen. Die konstant hohe Zahl an Femiziden – 26 waren es 2021, bis Mitte Oktober dieses Jahres bereits 28.

Zielgerichtet wirkungslos

Eine zeitgerechte Frauenpolitik bedeutet allerdings nicht nur, Frauen vor Gewalt zu schützen. Korrekt durchgeführtes Gender Budgeting würde vielmehr bedeuten, die Auswirkungen von im Budget durch die entsprechende Zuweisung von Finanzmitteln vorgesehenen Maßnahmen für Männer und Frauen im Zuge der Haushaltserstellung durchzurechnen und mitzudenken. Die Realität sieht anders aus: „Die Ministerien schreiben in ihre Budgets Wirkungsziele, einfach nur, damit sie drinnen stehen“, bemängelt Katharina Mader. Ziele werden formuliert, aber dann nicht in Budgetzahlen gegossen. „Das ist wirkungslos.“

Dabei könnte die Lebensrealität von Frauen mit einer reflektierteren Budgeterstellung eine deutlich andere sein. ÖGB-Bundesfrauensekretärin Karin Zimmermann tritt hier beispielsweise für stärkere Akzente in den Bereichen Kinderbildung und -betreuung sowie Pflege ein. In beiden Branchen gebe es einerseits zu niedrige Gehälter und insgesamt problematische Rahmenbedingungen für die Arbeit. Auch dadurch erklärt sich der in Österreich immer noch massive Gender-Pay-Gap. Jahr für Jahr wird darauf mit dem „Equal Pay Day“ hingewiesen. 2022 war dieser in Österreich am 30. Oktober. An diesem Tag hatten Männer bereits jenes Einkommen erreicht, für das Frauen noch bis Jahresende arbeiten mussten. Verglichen werden hier übrigens nur Frauen und Männer in Vollbeschäftigung.

Der Mangel an Betreuungsplätzen für kleine Kinder und betagte zu Pflegende bewirke aber auch, „dass Frauen sich hier unentgeltlich um Angehörige kümmern müssen und deshalb entweder gar nicht oder nur Teilzeit arbeiten können“, kritisiert Zimmermann. Ihnen winke dann auch noch Altersarmut, denn die Jahre,

Anteil des Frauenbudgets am Gesamtbudget

Quelle: Österreichische Bundesregierung, Budgetbericht 2023, Oktober 2022



Ziele werden formuliert, aber dann nicht in Budgetzahlen gegossen. „Das ist wirkungslos“, so Katharina Mader, AK Wien.

die mit unentgeltlich geleisteter Care-Arbeit verbracht werden, machen sich später bei der Höhe der Pension massiv bemerkbar.

Der MilliardenSchmäh

Für die Bereiche Pflege und Kindergärten versuchte die Regierung zuletzt, mit medienwirksam präsentierten Paketen aktives Handeln zu vermitteln. Die „Kindergartenmilliarde“ und das „Pflegepaket“ klingen denn auch nach prononcierter Schwerpunktsetzung. Der Blick auf die Zahlen vermittelt ein anderes Bild.

Die sogenannte „Kindergartenmilliarde“ setzt sich aus jeweils 200 Millionen Euro jährlich für die Elementarbildung über fünf Jahre zusammen. Es seien aber schon bisher 142,5 Millionen Euro pro Jahr im Rahmen einer Bund-Länder-Vereinbarung für die Betreuung und Bildung von Kindern bis sechs Jahren vorgesehen gewesen, betont Mader. „Es wird also lediglich um 57,5 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt“, rechnet die Expertin vor.

Dabei seien gerade die Kindergärten aktuell ein Krisenbereich, so Mader. Aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen der Arbeit verlassen immer mehr Kindergartenpädagog:innen die Branche, und viele zu Kindergartenpädagog:innen Ausgebildete gehen erst gar nicht in den Beruf, sondern entscheiden sich nach der BHS-Matura für ein Studium. „Wenn wir da nicht in die Qualität investieren, gehen uns hier immer mehr Arbeitskräfte verloren“, macht die AK-Expertin klar.

Hier pflichtet ihr Klatzer bei. Sie verweist zudem auf jüngst von der Statistik Austria veröffentlichte Daten, wonach das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen zuletzt nicht nur nicht weiter ausgebaut,



Polizeischüler:innen erhalten bereits im ersten Jahr ihrer Ausbildung 1.800 Euro brutto, angehende Pflegekräfte 600 Euro. „Warum geben wir in frauendominierten Ausbildungen nicht gleich viel?“, fragt Ökonomin Elisabeth Klatzer.

sondern sogar zurückgefahren wurde. Öffnungszeiten würden zum Teil eingeschränkt. Das wiederum verunmöglicht es Frauen, Vollzeit zu arbeiten. Bei den Drei- bis Fünfjährigen sank der Anteil jener Kinder, die einen für ihre Eltern Vollzeit-kompatiblen Kindergarten besuchten, von 51,8 auf 49,3 Prozent, und das bei einer Gesamtbetreuungquote von 93,8 Prozent in dieser Altersgruppe. Besonders groß war dieses Minus in Niederösterreich mit einem Rückgang von 41,5 auf 31,4 Prozent.

„Es braucht endlich bessere Arbeitsbedingungen, kleinere Gruppengrößen und faire Löhne, um ausreichend Elementarpädagog:innen im Beruf zu halten und die Personalknappheit zu lösen“, so Klatzer. Was hier möglich ist, zeigt gerade Kärnten: Ein neues Gesetz, das derzeit in Begutachtung ist, sieht höhere Gehälter und ein schrittweises Absenken der Kinderzahl pro Gruppe vor.

„Die Ministerien schreiben in ihre Budgets Wirkungsziele, einfach nur, damit sie drinnen stehen.“

Katharina Mader, AK-Expertin

Pflegekraftlos

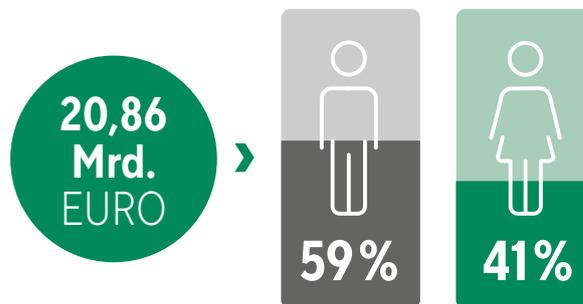
Aber auch die Pflegereform hält nicht, was sie verspricht, wie Kurt Schalek, Referent in der Abteilung für Gesundheitsberuferecht und Pflegepolitik in der AK Wien, analysiert. Investiert würde nun vor allem in die Ausbildung neuer Pflegekräfte, das sei prinzipiell positiv. 600 Euro erhalten nun Menschen, die sich in der Pflege ausbilden lassen, pro Monat, sofern sie nicht Leistungen über das Arbeitsmarktservice beziehen. Pflegekräfte werden im Moment in allen Bereichen gesucht, also in Spitälern, im niedergelassenen

Bereich, in der mobilen Pflege und in Pflegeeinrichtungen. Was Schalek aber vermisst, ist ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse von alten und unterstützungsbedürftigen Menschen, die dann mangels Angeboten oft von Angehörigen – zu zwei Dritteln von Frauen – gepflegt werden. Hier habe die Regierung zwar einen Angehörigenbonus von 125 Euro ins Auge gefasst, dieser sei aber schließlich nicht budgetiert worden. „Einen solchen Bonus sehen wir aber ohnehin kritisch, denn die Frage ist: Was hilft dieser konkret im Alltag?“

Es werde nun von der größten Pflegereform der letzten 20 Jahre gesprochen. Allerdings habe man in den vergangenen 20 Jahren auch kaum etwas gemacht, so Schalek. Um Frauen, die einerseits in der Pflege arbeiten und andererseits Angehörige selbst mangels Alternativen unbezahlt pflegen müssen, zu unterstützen, brauche es zum Beispiel einen massiven Ausbau im Bereich der mobilen Dienste und eben einen Anstieg der Gehälter. Hier nun für zwei Jahre einen Bonus vorzusehen, wo niemand wisse, wie es danach aussehe, weil er eben ein temporärer Zuschuss, aber kein Gehaltsbestandteil sei, werde den bestehenden Personalmangel nicht langfristig lösen.

Entlastungsvolumen der kalten Progression 2023 bis 2026 für Privathaushalte

Quelle: Budgetdienst des Parlaments, Oktober 2022



Für Klatzer ist es aber auch wichtig, sich die Prioritätensetzungen eines Budgets anzusehen, wenn es um Verteilungsgerechtigkeit geht. Im Bundesfinanzrahmen von 2023 bis 2026 sind beispielsweise 5,3 Milliarden mehr im Budget für Landesverteidigung angesetzt. Für die Pflegereform wurden für diesen Zeitraum 1,7 Milliarden Euro vorgeesehen. Dass hier angehende Pflegekräfte nun während der Ausbildung 600 Euro bekommen werden, sei auf den ersten Blick positiv, denn bisher seien selbst Praktika unentgeltlich zu absolvieren gewesen. Aber auch hier gehe es um Relationen. Polizeischüler:innen werden in ihrer Ausbildung schon lange bezahlt, sie erhalten derzeit bereits 1.800 Euro brutto im ersten Jahr, später sind es dann sogar 2.440 Euro. „Die Frage ist, warum wir in den vorwiegend frauenorientierten Ausbildungen nicht gleich viel geben.“ Und dann gibt es noch jene Maßnahmen, die auf den ersten Blick nichts mit Geschlechterunterschieden zu tun haben, auf den zweiten Blick aber eben schon. Da ist beispielsweise die kalte Progression: Darunter versteht man die steuerliche Mehrbelastung, die durch die jährlichen Lohnerhöhungen entstehen. Diese soll künftig abgegolten werden – allerdings profitieren Männer hier wesentlich stärker als Frauen (siehe auch Kasten), wie Mader, Zimmermann und Klatzer betonen. „Wenn man Gender Budgeting ernst nehmen würde, hätte man die Abschaffung der kalten Progression anders gestalten müssen“, so Zimmermann.

Männer bevorzugt

Aber auch die Senkung der Körperschaftsteuer (KöSt) kommt vorrangig Männern zugute. Der Grund: Sie sind es, die mehrheitlich entweder Unternehmen besitzen oder Anteile an Firmen halten, betont Mader. Klatzer hielte hier ein Modell, das die KöSt ähnlich der Einkommensteuer progressiv gestaltet, für fairer. „Gäbe es verschiedene Tarife, je nachdem, wie hoch die Gewinne sind, dann wäre auch das Übergewinnproblem gelöst“, meint die Ökonomin. Sie gibt zudem zu bedenken, dass durch die Senkung der KöSt dem Staat eine Milliarde Euro an Einnahmen entgehen. „Und diese fehlen dann auch dort, wo sie Frauen zugutekommen könnten.“ Das Budget wirke eben nicht nur ausgaben-, sondern auch einnahmenseitig.

„Maßnahmen wie die Senkung der KöSt, aber auch die Beibehaltung des Familienbonus machen die Auswirkungen des Budgets noch ungleicher“, konstatiert Klatzer. Vom Familienbonus profitieren nur jene, die so viel verdienen, dass sie ihn steuerlich absetzen können. „Alle Kinder haben aber ein Anrecht auf Familienleistungen. Würde man diesen Bonus in eine erhöhte Familienbeihilfe umwandeln, dann wäre es gerecht“, so Klatzer. Das käme dann zum Beispiel auch alleinerziehenden Müttern im vollen Ausmaß zugute.

Fazit: Aus Frauenperspektive geht einiges in die falsche Richtung – rückwärts statt vorwärts. Mit einem korrekt angewandten Gender Budgeting würde nicht nur der Verfassung entsprochen, sondern es könnte hier auch endlich etwas in die richtige Richtung bewegt werden. ▀

FÜNF FAKTEN ZUM THEMA

Zur Abgeltung der kalten Progression

Der Budgetdienst des Parlaments hat sich die Genderwirkung der Abgeltung der kalten Progression angesehen. Die Analyse zeigt, dass sie Männer wesentlich stärker finanziell entlastet als Frauen.

1 / Von dieser Maßnahme profitieren 3,12 Millionen Männer, aber nur 2,73 Millionen Frauen, weil Frauen einen höheren Anteil bei Bruttobezügen unter 1.000 Euro pro Monat haben, auf die sich die Abgeltung der kalten Progression nicht auswirkt. Grundsätzlich gilt: Je höher das Einkommen, desto mehr kommt einem die Abschaffung der kalten Progression zugute.

2 / Vom Gesamtentlastungsvolumen von rund 1,83 Milliarden Euro im Jahr 2023 entfallen 1,08 Milliarden Euro beziehungsweise 59 Prozent auf Männer und 0,75 Milliarden Euro beziehungsweise 41 Prozent auf Frauen. Das auf Frauen entfallende Volumen ist daher um 31 Prozent geringer als jenes der Männer. Im Schnitt bleiben einem Mann 347 Euro mehr im Börsel, einer Frau dagegen nur 273 Euro.

3 / Wer (ein) Kind(er) hat, fällt in der ersten Tarifstufe im geltenden Einkommensteuersystem (bis 18.000 Euro) teils um die Abgeltung der kalten Progression um, da der Familienbonus (zum Beispiel 2.000 Euro für ein Kind) die Einkommensteuer auf null reduzieren kann. Davon sind etwa viele Alleinerzieherinnen betroffen.

4 / Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen bei der Entlastung werden in den kommenden Jahren noch größer, da Männer von jeder weiteren Abgeltung der kalten Progression im Durchschnitt stärker profitieren als Frauen.

5 / In Summe beträgt das Entlastungsvolumen für den Zeitraum 2023 bis 2026 für Privathaushalte 20,68 Milliarden Euro, wenn die Grenzen für die Tarifstufen ab 2024 gleichmäßig angepasst werden. Davon entfallen dann 8,38 Milliarden Euro (41 Prozent) auf Frauen.

Das geht an die Substanz

Es drückt der Schuh, es brennt der Hut. Wie man den Spitalsbetrieb wieder versorgungssicher machen kann. Eine Diagnose von Wolfgang Hofer, Vorsitzender der Personalvertretung im AKH Wien.

INTERVIEW EVA WINTERER

Arbeit&Wirtschaft: Was ist das brennendste Problem im Spitalsbetrieb?

Wolfgang Hofer: Es herrscht akuter Personalmangel, hauptsächlich bei den Gesundheitsberufen, und hier vor allem beim Pflegepersonal, das etwa 3.000 der rund 7.000 Kolleg:innen ausmacht, aber auch in den medizinisch-technischen Diensten haben wir sehr große Schwierigkeiten, die offenen Stellen zu besetzen.

Wo sehen Sie die Ursachen des Personalmangels?

Es ist vor allem der Knick, der durch den Ausstieg der geburtenstarken Jahrgänge mit der Pension und dem Einstieg der geburtenschwachen Jahrgänge in den Beruf entstanden ist und den wir jetzt bemerken. In den kommenden acht Jahren geht etwa ein Drittel des Pflegepersonals in Pension, das sind rund 1.000 Personen.

Das macht sich natürlich im Spitalsalltag bemerkbar ...

Vor allem dadurch, dass wir etwa die offenen Dienstposten nicht mehr besetzt bekommen. Wir merken es in diesem Jahr erstmals so richtig. Bisher konnten wir die Dienstposten vor allem durch den Abgang von den Pflegeschulen immer relativ

gut besetzen. In diesem Jahr ist es erstmals wirklich anders. Wir hatten Anfang Oktober 230 offene Dienstposten im Pflegebereich. Umgerechnet sind das rund acht Pflegestation mit etwa 30 Patient:innen. Man müsste also 240 Betten sperren, also die Leistungen reduzieren, um die Mitarbeiter:innen nicht ständig chronisch zu überlasten. Das hat schlussendlich Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit der Patient:innen.



WOLFGANG HOFER

Geboren 1965 in Schärding, 1983 Ausbildung für Gesundheits- und Krankenpflege in Wien, seit 1987 im AKH (Intensivstation), seit 1998 Pflegebereichsleiter AKH und seit 2014 Vorsitzender des Dienststellen- und Gewerkschaftsausschusses AKH (youunion).

Warum gibt es kein Personal? Ist das Berufsbild nicht mehr attraktiv?

Einerseits gibt es durch die Reform und die neue Ausbildungsstrategie über ein FH-Studium insgesamt weniger Ausbildungsplätze pro Jahrgang. Andererseits ist für viele das Berufsbild mit Nachtdiensten und Wochenendarbeit nicht mehr attraktiv.

Ist es eine reine Frage der Work-Life-Balance oder auch des Gehalts?

Es ist natürlich auch eine Frage des Gehalts. Ich denke, dass das grundsätzliche Lohnniveau in den Gesundheitsberufen, die ja eine sehr hohe Verantwortung mit sich bringen, zu niedrig ist. 2.200 Euro netto sind halt nicht mehr attraktiv, wenn ich auch an Wochenenden, in der Nacht und an Feiertagen, etwa zu Weihnachten, arbeiten muss, die Dienstpläne sich aufgrund des Personalmangels ständig verschieben und ich im privaten Bereich nichts mehr planen kann.

Es gibt doch Zulagen für die Wochenend- und Nachtdienste ...

Ja, die gibt es. Wenn man jedoch überlegt, dass man für einen Nachtdienst zusätzlich 32 Euro brutto bekommt, dann ist das einfach zu wenig. Rechnet man das in netto



„Anfang Oktober hatten wir 230 offene Dienstposten im Pflegebereich des AKH Wien. Das hat Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit der Patient:innen“, so Wolfgang Hofer.

um, dann ist das überhaupt nicht attraktiv. Dasselbe gilt auch für Wochenenddienste, die nicht wahnsinnig hoch dotiert sind. Ich denke, wenn man hier nach oben schrauben würde, könnte man wieder mehr Leute gewinnen.

Welche Rolle spielen die Mehrbelastungen durch die Corona-Pandemie?

Die Stimmung ist nach zweieinhalb Jahren Pandemie nicht besonders berauschend. Die Belastung in dieser Zeit war extrem: auf der einen Seite für die Kolleg:innen, die auf den acht Corona-Stationen zwölf Stunden in Raumfahrtanzügen im Einsatz waren, und andererseits für jene auf den anderen Stationen, die versucht haben, das zu kompensieren und die Corona-Stationen zu entlasten. Das geht an die Substanz, und man weiß, wie große körperliche Belastungen etwa die Abwehrkraft des Immun-

systems reduzieren. Daher ist es für mich so wichtig, darauf hinzuweisen, dass man das besser dotieren muss, denn mit brutto 32 Euro Zuschlag pro Dienst bringen Sie niemanden an diese Stellen und können so nicht für eine Entlastung des Gesundheitspersonals sorgen.

Und es ist ja nicht so, dass jemand Leistungen reduzieren möchte. Jede:r im Gesundheitsbereich Arbeitende will nicht, dass Stationen gesperrt werden. Alle werden sagen – Ärzt:innen und Management inklusive –, dass sie im Vollbetrieb arbeiten wollen. Aber es geht aktuell an die persönliche Substanz und Belastungsgrenze.

Wie geht das Personal mit der Situation um?

Da beginnt der tägliche Spagat. Es wird natürlich versucht, die Leistung trotz flächendeckenden Personal mangels durch Überstunden hoch zu halten. Man muss sich

jedoch Folgendes vorstellen: In vielen Bereichen wird zwölf Stunden gearbeitet. Wenn ich drei Überstundendienste mache, dann sind das im Monat 36 Stunden. Das ist umgerechnet fast eine zusätzliche Arbeitswoche in einem Monat. Die Belastungsgrenze ist da sehr schnell erreicht. In Wirklichkeit kann man eigentlich nur sagen, dass man die Leistung reduziert, um einerseits die Qualität der High-End-Versorgung hier im AKH aufrechtzuerhalten und andererseits nicht noch mehr Leute zu verlieren. Hier braucht es sehr rasch Lösungen. Es gibt Bereiche, wie etwa in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, die enorm überlastet sind – das betrifft Pfleger:innen wie Ärzt:innen.

Um auf die Ursachen zurückzukommen – die Ausbildung und zu wenige Abgänger:innen von den Ausbildungsplätzen: Woran liegt das?

„Ich würde die Politiker:innen gerne einmal durch das Spital führen, also an die Plätze, wo Belastungen sichtbar sind.“

Wolfgang Hofer,
Vorsitzender der Personalvertretung im AKH Wien

Das ist ein gesamtösterreichisches Problem. Beginnen wir mit der neuen Pflegefachassistent:innen-Ausbildung, die gerade erst Fahrt aufnimmt: Da muss man noch ein bisschen abwarten, wie die zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze in den nächsten zwei bis drei Jahren wirken. Es müssen aber jedenfalls viel, viel mehr Ausbildungsplätze werden. Und ja, dafür ist Geld in die Hand zu nehmen. Der nächste Schritt ist dann das Halten des Personals: Das ist eine Aufgabe des Managements und der Führungskräfte eines Spitals. Dabei geht es vor allem um Wertschätzung und Planbarkeit.

Zusätzlich haben wir hier im AKH über 300 Spezialambulanzen, in denen neben spezialisierten Mediziner:innen ein ebenso spezialisiertes Gesundheitspersonal arbeitet. Das erschwert die Personalsuche noch zusätzlich, denn auch die Ausbildung dauert länger – etwa in der Intensivpflege dauert es bis zu 3 Jahren inklusive Spezialausbildung, eine Topkraft zu sein.

Hat also die Politik mit der sogenannten Patientenmilliarde einen Schritt in die richtige Richtung gemacht, oder fehlt da etwas?
Es gibt einige gute Initiativen, wie etwa das Haus der Pflege, das in Wien entsteht. Es sind jedoch alles Ansätze, die aus meiner Sicht sehr spät kommen, in Wien ebenso wie in den anderen Bundesländern. Denn

das Personalproblem wird sich wie gesagt in den kommenden Jahren noch weiter verschärfen. Die Stadt Wien alleine wird das nicht schaffen. Es müssen der Bund und alle Bundesländer mehr investieren, um den drohenden Personalmangel abzufangen, der vor uns steht. Denn gerade in den letzten 15 Jahren ist im Ausbildungsbereich aufgrund der Zentralisierung der Ausbildungsorte in den einzelnen Bundesländern die Zahl der Ausbildungsplätze deutlich reduziert worden.

Und zur Patientenmilliarde: Ein Teil davon fließt in die Ausbildung und ein anderer Teil in die Gehälter der Kolleg:innen, also für die nächsten beiden Jahre. Angekommen ist noch nichts. Angeblich soll der Betrag nun als 15. Monatsgehalt Anfang nächsten Jahres ausbezahlt werden. So gut dieses de facto 15. Monatsgehalt ist: Ich glaube, dass es besser wäre, den Betrag einfach auf die 12 Monate aufzuteilen und monatlich am Gehaltszettel fix einzuplanen. Denn solche Einmalzahlungen werden sehr rasch wieder vergessen und wirken natürlich auch nicht nachhaltig. Was nach den beiden Jahren für das erhöhte Gehalt geplant ist, ist noch offen. Zahlen die Länder dann weiter, oder endet das 2025 wieder?

Was ist Ihr Appell an die Politik?

Ich hoffe, dass die Politik – speziell jetzt bei den Lohnverhandlungen mit Vizekanzler

Werner Kogler – Verständnis für unsere Situation hat. Denn wenn man wie jetzt viele unserer Kolleg:innen zusätzlich zu den großen Belastungen hier in der Arbeit auch noch wirtschaftliche Sorgen hat, also aufgrund der Inflation, dann wird das wirklich schwierig, besonders für die psychische Belastung.

Und der Gesundheitsminister?

Der Gesundheitsminister kann vielleicht die Rahmenbedingungen schaffen, was schon ein wichtiger Teil wäre. Aber mehr kann man nicht fordern, weil schlussendlich ist der Finanzminister für die Geldverteilung zuständig, und die findet in Wirklichkeit über den Finanzausgleich statt. Beim AKH, wie generell in Wien, haben wir ja noch die Besonderheit, dass wir rund 20 Prozent nicht in Wien wohnhafte Patient:innen betreuen. Das ist ja grundsätzlich in Ordnung, weil wir eine Versorgungsmöglichkeit haben. Weil wir eine Universitätsklinik sind. Aber man muss das finanziell entsprechend ausgleichen, und ich glaube, dass es hier hapert.

Geht es dabei auch um Wertschätzung?

Ja, und man hat das Gefühl, dass die Wertschätzung fehlt, weil keine Aufmerksamkeit darauf gelenkt wird. Denn neben dem Gehalt müssen die Rahmenbedingungen passen. Das richtet sich nicht nur an die Politik,



„Eigentlich ist mir nicht mehr nach Durchhalteparolen. Ich glaube, man muss so ehrlich sein, dass jede:r für sich abschätzen sollte, was er:sie sich noch zutraut bzw. zumuten kann“, meint Wolfgang Hofer.

sondern auch ans Management. Das, was ich leisten kann, muss mit dem zusammenpassen, was das Management von mir fordert. Und das ist nicht immer so: weil man kurzfristig viele Stunden machen muss und der Dienstplan im Monatstakt quasi über den Haufen geworfen wird. Das führt auch immer wieder zu Überlastungsanzeigen. Ich wäre schon sehr zufrieden, wenn wir in eine Situation kämen, dass jeder stressfrei hineingeht und mit einem zufriedenen Gefühl herausgeht. Dass fängt bei der Sicherheit des Dienstplans an; dazu müssten jedoch alle Dienstposten besetzt sein. Das betrifft ferner den Umgang der Führungskräfte mit den Mitarbeiter:innen; damit meine ich, dass die Führungskräfte die Mitarbeiter:innen so behandeln sollen, wie sie von ihnen erwarten, dass sie die Patient:innen behandeln, nämlich wertschätzend. Und es endet schließlich bei den aktuellen Lohnverhandlungen, die eine Entlastung bringen müssen, damit alle im nächsten Jahr davon leben können. Ebenso wäre es ein Signal, die Nachtzuschläge zumindest zu verdoppeln.

Wie können Sie sich vorstellen, die Politiker:innen auf die sich zuspitzende Situation aufmerksam zu machen?

Ich würde die Politiker:innen gerne einmal durch das Spital führen, also an die Plätze, wo Belastungen sichtbar sind. Wir haben einmal ganz zu Beginn seiner Amtszeit den Wiener Bürgermeister Ludwig durch die sensiblen Bereiche wie Unfallchirurgie, Kinderintensivstation und Onkologie geführt.

Was sieht man da beispielsweise?

Man sieht etwa, wie über drei Stunden ein Team aus sechs Notfallmediziner:innen und -pfleger:innen versucht, jemandem das Leben zu retten oder wieder ins Leben zurückzuholen. Sie belasten sich dabei selbst maximal, um das Leben anderer zu retten, das ist nicht nur medizinisch sehr anspruchsvoll, sondern man sieht auch, wie viel Personal das Retten eines Lebens tatsächlich bindet. Ein Beispiel aus der Intensivmedizin: Bei 140 Intensivbetten braucht es umgerechnet 900 Personen. Dazu kommen noch Technik und Überwachung.

Mit so einer Führung bekämen Politiker:innen einen ganz anderen, einen sehr direkten Zugang dazu, wie viel Personal dort arbeitet und mit welcher Belastung die Teams umgehen müssen. Sie sind körperlichem und psychischem Stress ausgesetzt, und oft bringt – wie etwa in der

Unfallchirurgie – die Frequenz, also der quantitative Arbeitsdruck aufgrund einer großen Menge in kürzester Zeit zu behandelnder Patient:innen, die Teams an ihre Belastungsgrenzen.

Daher noch ein Appell: Wir haben in unserer Arbeitswelt viele Bereiche, in denen Erschwernis- und Gefahrenzulagen ausbezahlt und dadurch als Schwerarbeit bewertet werden. Dazu wird aktuell die Gefährdung etwa durch Staub, Hitze oder Infektionen gemessen. Es wäre zu überdenken, ob nicht auch psychische Belastungen in den Kriterienkatalog aufgenommen werden müssten. Denn die Teams sind entweder einer akuten – wie in der Notfallstation – oder einer permanenten Stresssituation ausgesetzt – wie etwa in der Onkologie.

Eigentlich ist mir nicht mehr nach Durchhalteparolen. Ich glaube, man muss so ehrlich sein, dass jede:r für sich abschätzen sollte, was er:sie sich noch zutraut bzw. zumuten kann. Und es sollten keine persönlichen Grenzen überschritten werden, denn das bringt langfristig weder Vorteile für einen selbst noch für das Gesundheitssystem.

Danke für das Gespräch!

Ein Budget, zwei Meinungen

Während Finanzminister Magnus Brunner glaubt, verantwortungsvoll und im Sinne der Steuerzahler:innen mit dem Geld umzugehen, zweifelt Markus Marterbauer, Chefökonom der Arbeiterkammer, dieses Ziel an. Aus guten Gründen, wie ein Blick auf vier Beispiele zeigt.

Magnus Brunner
österreichischer Finanzminister



„Die Arbeit wird nicht akzeptiert. Am Ende wieder die Steuern in Form von Zuschüssen für die Dividendenbesitzer.“

„Solide Budgetpolitik ist keine Frage der Ideologie, sondern eine Frage des Hausverstands.“

Markus Marterbauer
Chefökonom der Arbeiterkammer

**Arbeiterkammer
akzeptieren, dass am
die Arbeitnehmer:in-
nen von Kürzungen
ihren Budget-
löcher bezahlen.“**



Budget 2022: Schönreden hilft nicht

In den Jahren 2023 und 2024 sinkt die **Körperschaftsteuer** von 25 auf 23 Prozent. Das kostet die Steuerzahler:innen etwa 700 Millionen Euro pro Jahr.

Eine **Abgabe auf Übergewinne** könnte – je nach Modell – bis zu 4,5 Milliarden Euro einbringen. Andere EU-Länder haben längst eine entsprechende Steuer verabschiedet.

Wenn im Jahr 2024 die **europäischen und nationalen Budgetregeln** wieder in Kraft treten, müsste die Regierung nach jetzigem Stand ein 6 Milliarden Euro großes Sparpaket auflegen.

Die **Kürzungen bei der Österreichischen Gesundheitskasse** gehen weiter. Nachdem in den Jahren 2021 und 2022 trotz Pandemie bereits 185 Millionen Euro gekürzt wurden, sind es 2023 noch einmal 300 Millionen und 2024 zusätzliche 320 Millionen – Geld, das für Leistungen für die 7,4 Millionen Versicherten fehlt.

Plötzlich Bittsteller

Durch explodierende Kosten drohen rund zwei Drittel der niederösterreichischen Gemeinden Abgangsgemeinden zu werden. Die Folgen: Sie riskieren den Stillstand ihrer Kommune und hängen gleichzeitig am Gängelband des Landes.

TEXT ALEXANDER FOGGENSTEINER



St. Valentin, die geteilte Stadt. Die Arbeiter:innen auf der einen Seite der Westbahnstrecke, die Konservativen auf der anderen Seite. Das neue Gemeindezentrum „Valentinum“ soll verbinden.

René Zonschits, Vizebürgermeister und Amtsleiter im niederösterreichischen Angern an der March, blickt eher bang in die Zukunft: „Wir budgetieren sehr vorsichtig und heuer noch ausgeglichen. Aber nächstes Jahr?“ Die Gemeinde liegt an der Nordbahn im östlichen Weinviertel an der österreichisch-slowakischen Grenze. Die Ortschaft besteht aus fünf Katastralgemeinden. 3.500 Menschen haben hier ihren Hauptwohnsitz. „Mit den Menschen, die hier einen Nebenwohnsitz haben, kommen wir auf knapp 4.200 Einwohner:innen“, sagt Zonschits, der im kommenden Jahr zum ersten Mal für ein Mandat im niederösterreichischen Landtag kämpfen wird, um seine Stimme für die Kommunen zu erheben.

Das Ende der Welt?

Vor der Öffnung des Eisernen Vorhangs, also vor 33 Jahren, sei hier das Ende der Welt gewesen. „Für viele ist das heute noch so“, sagt Zonschits weiter. Seit 1995, also seit 27 Jahren, verbindet Angern eine Fähre mit der slowakischen Nachbargemeinde Záhorská Ves (Ungeraigen, wie das Dorf auf Deutsch genannt wird). 800 Grenzübertritte werden hier heute durchschnittlich gezählt – täglich. Es sind vor allem Slowak:innen, die nach Österreich zum Arbeiten pendeln. Österreicher:innen fahren noch immer nur vereinzelt hinüber, um günstig einzukaufen. Viele Slowak:innen sprechen Deutsch, die Österreicher:innen sowieso.

Brücken bauen

Zonschits hat einen guten Draht zum Nachbarbürgermeister und tauscht sich regelmäßig mit ihm aus. Beide finden, dass „die Infrastruktur nicht auf dem Stand der Technik ist“. Eine Brücke über die March wäre gut, „aber südlich von Angern“, wie er betont, „damit nicht der ganze Verkehr unseren Ort überfährt“.

„Die Arbeitsplatzsituation ist bei uns eine einzige Katastrophe.“

René Zonschits, Vizebürgermeister Angern

Und Angern ist eine Zuzugsgemeinde. Es sind aber nicht die Slowak:innen, die hier sesshaft werden wollen, sondern die Gänserndorfer:innen, die Strasshofer:innen oder die Deutsch-Wagramer:innen, weil Bauplätze in Angern etwa ein Zehntel von jenen in Gänserndorf kosten. „Wir könnten von Gänserndorfer:innen überschwemmt werden“, behauptet er. „Aber die Arbeitsplatzsituation ist bei uns eine Katastrophe“, sagt er im gleichen Atemzug. Die Industriemontagefirma IMB Berger ist mit rund 100 Arbeitsplätzen der größte Arbeitgeber. Dann folgt schon die Gemeinde mit rund



„Wenn Gemeinden Probleme haben, werden sie ihre Investitionen hinterfragen und Prioritäten setzen müssen“, so Kerstin Suchan-Mayr, Bürgermeisterin von St. Valentin.

40 Angestellten. Dann kommen eine Dachdeckerei und Spenglerei und dann lange nichts. Die nächstgrößeren Arbeitgeber sind zwei Supermärkte und eine Tischlerei. Dann gibt es noch zwei Filialen einer Bäckerei, vier Gasthäuser, eine Bankfiliale, einen Imbiss und ein Kaffeehaus – das war’s.

350.000 Euro lukriert die Gemeinde Angern an der March aus der Kommunalsteuer, mehr ist nicht drin. Die Infrastruktur ist mäßig interessant – schließlich liegt Angern an der March an keiner hochrangigen Straße. Mit allen Einnahmen zusammen ist das Budget heuer noch ausgeglichen.

Aber der sprunghafte Anstieg des Strompreises wird kommenden Jahr mit sehr großer Sicherheit ein tiefes Loch ins Gemeindebudget reißen, denn Ende des Jahres läuft der Vertrag mit der EVN aus: Statt den bisherigen neun Cent je Kilowattstunde elektrische Energie, die im Pumpwerk, Rührwerk oder in der Presse der Kläranlage verbraucht werden, bezahlt die Gemeinde ab 1. Jänner 2023 exakt 34 Cent. Statt den 30.000 Euro, die bis jetzt bezahlt wurden, werden es von jetzt auf gleich 120.000 Euro sein.

Die Beiträge der Gemeinde für den Krankenanstalten-Sprengel sind in den vergangenen Jahren schon erheblich gestiegen: von 700.000 auf eine Million Euro in nur fünf Jahren. Und auch die Personalkosten für die rund 40 Angestellten der Gemeinde zum Beispiel für die Kleinkinderbetreuung steigen – vom Kindergartenpersonal berappt die Kommune alles.



„Besonders für jene Gemeinden, die ihre Gemeindeeinrichtungen mit Heizöl oder fossilem Gas heizen, wird die Situation wirklich dramatisch“, prognostiziert René Zonschits, Vizebürgermeister von Angern an der March.

Schlagartig krank

„Wir sind ein Paradebeispiel dafür, wie man von einer gesunden Gemeinde auf einen Schlag zu einer kranken wird“, sagt Zonschits. Und er schätzt, dass „zwei Drittel aller Gemeinden in Niederösterreich ein Problem bekommen werden wie wir, vor allem aber jene Kommunen, die ihre Gemeindeeinrichtungen mit Heizöl oder fossilem Gas beheizen – dort wird die Situation wirklich dramatisch“, prophezeit er.

So droht Angern an der March im kommenden Jahr voraussichtlich der „Abstieg“ zur Abgangsgemeinde. Abgangsgemeinden können ihren ordentlichen Haushalt, also ihre laufenden Einnahmen und Ausgaben laut Rechnungsabschluss nicht ausgleichen. Dann muss der Amtsleiter, wie er sagt, „Bedarfszuweisung beantragen“, also beim Land um Geld bitten. 12,8 Prozent der Bundesmittel für die Länder stehen den Gemeinden zu. Als Abgangsgemeinden sind sie auf Geld angewiesen, das von Landesbeamt:innen und politischen Vertreter:innen verwaltet und verteilt wird.

Mangelnde Transparenz

Wie schwierig es ist, auf das Land angewiesen zu sein, wissen alle Bürgermeister:innen aus Erzählungen oder aus eigener leidvoller Erfahrung. Rupert Dworak, langjähriger Präsident des NÖ Gemeindevertreterverbandes GVV: „Bedarfszuweisungen sind in Niederösterreich für ÖVP-Gemeinden pro Kopf wesentlich höher als für SPÖ-Gemeinden.“

In harten Zahlen bedeutet das: „Menschen in Gemeinden mit ÖVP-Bürgermeister:innen sind der Landeshauptfrau und ihrem Finanzlandesrat 115,76 Euro pro Kopf wert, für Investitionen in Gemeinden mit SPÖ-Bürgermeister:innen nur 67,21 Euro.“ Das sind

72 Prozent weniger. Von den 173 Millionen an niederösterreichischen Bedarfszuweisungen landeten 142 Millionen in schwarzen Gemeinden, aber nur 31 Millionen in roten. Als Beispiel benennt Dworak Bedarfszuweisungen für den Straßen- und Brückenbau in Waidhofen/Ybbs: „In den Jahren 2006 bis 2010 hat Wolfgang Sobotka als Finanzlandesrat 3,152 Millionen Euro an die Statutarstadt ausgeschüttet, aus der er stammt. Von solchen Geldgeschenken können viele andere Städte und Gemeinden nur träumen – sie bekommen weniger oder gar nichts.“

Ein anderes schillerndes Beispiel dafür ist Wiener Neustadt: Nachdem eine Vier-Parteien-Koalition die stimmenstärkste SPÖ als Regierungspartei abgelöst hatte, hat das Land das Füllhorn über der Stadt ausgeschüttet. Der nunmehrige ÖVP-Bürgermeister Schneeberger, der nebenbei Klubobmann der ÖVP im NÖ Landtag ist, hat schließlich exzellente Kontakte zur Landeshauptfrau und dem Finanzlandesrat. „Hier fehlt die Transparenz“, sagt Dworak.

„Landeshauptleute verwenden Bedarfszuweisungen in vielen Fällen als Spielgeld“, ergänzt der Kommunalberater Walter Heinisch, „denn es sind Ermächtigungsausgaben. Bist du brav, bekommst du Geld, bist du schlimm, bekommst du viel weniger oder nichts – mitunter sogar unabhängig von der Couleur.“

Stotternder Wirtschaftsmotor

Zurück nach Angern an der March. Schon vor 15 Jahren war Angern einmal Abgangsgemeinde. Da musste man eisern sparen. „Das wird jetzt wieder so sein. Wir müssen viele Projekte einstellen“, sagt der dynamische Zonschits: „Den Umbau der Volksschule werden wir mit den jetzigen Baupreisen nur sehr schwer stemmen.“ Auch



Rollfähre über die March: Angern wünscht sich südlich von der Gemeinde eine Brücke über die March, denn der Ort ist nicht an das hochrangige Straßennetz angebunden.

bei Straßenarbeiten werde der rote Stift angesetzt. Ändere sich die Situation nicht, müsse er geplante Vorhaben kürzen oder einstellen.

Wenn das viele Gemeinden gleichzeitig machen, geht die Auftragslage zum Beispiel für ländliche Baufirmen schlagartig zurück. Das Stottern der Kommunen kann der lokalen Wirtschaft erheblich zusetzen. Die gedämpfte Auftragslage wird zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen. Eine gefährliche Spirale nach unten wird in Gang gesetzt.

„Wir sind ein Paradebeispiel dafür, wie man von einer gesunden Gemeinde auf einen Schlag zur kranken Gemeinde wird.“

René Zonschits, Vizebürgermeister Angern

Unterm Strich zieht der Amtsleiter und Vizebürgermeister die traurige Bilanz, dass am Ende alles auf die Gemeinde abgewälzt wird: „Ob Impfen, ob Testen in der Teststraße oder der Strompreisrabatt: Weil sich viele ältere Menschen nicht auskennen oder kein Internet haben, landet am Ende alles bei uns. Wir rennen bis zum Anschlag – aber wir können bald nicht mehr.“

Gebühren erhöhen?

Ein Ausweg aus dem finanziellen Dilemma der Kommunen besteht darin, Gebühren zu erhöhen, also etwa die Müllgebühren, was An-

gern per 1. Jänner 2022 zum ersten Mal seit zehn Jahren gemacht hat, oder die Friedhofsgebühren, die Preise für Wasser und Abwasser, die Hundesteuer oder die Gebühren für die Kinderbetreuung am Nachmittag und so weiter. Und natürlich könnte die Gemeinde in Abstimmung mit dem Land auch eine Radarfalle aufstellen. Doch das kommt für Zonschits nicht infrage: „Da würden wir nur unsere eigenen Leute erwischen.“ Ihm wird also nur der Gang zum Land bleiben, um dort um Bedarfszuweisung anzuschauen.

Eisern sparen

Das machen Wolfram Erasim, Bürgermeister in Rabensburg an der Nordbahn, und sein Kollege Michael Streif aus Schwarzau am Gebirge längst. Beides sind sogenannte Sanierungsgemeinden, also zwei von aktuell zwölf Kommunen in Niederösterreich, bei denen die Ausgaben erheblich höher sind als die Einnahmen und die derzeit keine Chance sehen, aus eigener Kraft wieder ausgeglichen bilanzieren zu können. Beide Bürgermeister sind mittlerweile geübt darin, gute Argumente zu haben, um Gelder vom Land zu bekommen, um ihre Abgänge zu bedecken.

Erasim kann Rabensburg nicht aus eigener Kraft entschulden, auch wenn die Gemeinde sogar das Erdgeschoß des Rathauses an einen Kaufmann mit seinem Kaufmannsladen vermietet hat und an eine Friseurin, die jedoch nun aufhört, weil sie in Pension geht. Es gibt im Ort noch eine liechtensteinische Privatstiftung und fünf große Landwirtschaftsbetriebe, sonst aber kaum Arbeit. „Wien löst das Arbeitsmarktproblem Niederösterreichs und vor allem das von Rabensburg“, sagt Erasim. „250 der 1.140 Einwohner:innen von Rabensburg fahren ab fünf Uhr in der Früh mit der Nordbahn zum Arbeiten nach Wien und am Abend wieder heim.“ Die Pendler:innengemeinde wächst vor allem durch Zuzug: „Bei jährlich zehn Geburten und 30 Todesfällen würde unsere Bevölkerung in zehn Jahren um 200 Menschen schrumpfen.“ Und auch sonst hat die Kommune wenig wirtschaftlichen Bewegungsspielraum: „Aufgrund des Naturschutzes und des Umstands, dass in der Nähe Kaiseradler brüten, dürfen wir anders als andere Gemeinden keine Windräder errichten.“ Damit entfällt auch diese Möglichkeit, Einnahmen zu lukrieren. „Und gegen einen sanften Vogeltourismus in den March-Auen spricht, dass die Zufahrten in die Au der liechtensteinischen Privatstiftung gehören.“

„Unsere Stadt einen“

Schauplatzwechsel: St. Valentin – nahe an der Grenze zwischen Nieder- und Oberösterreich. Als Kerstin Suchan-Mayr 2010 hier Bürgermeisterin wurde, fand sie einen Schuldenberg von 27,4 Millionen Euro vor. Sie sparte eisern, und bis Ende 2021 konnte sie davon zwölf Millionen Euro abtragen. In dem kommunalen Bonitätsranking, das das Kommunalmagazin „Publik“ herausgibt, hat



Wolfram Erasim, Bürgermeister von Rabensburg, kann die Gemeinde nicht aus eigener Kraft entschulden: „Wien löst das Arbeitsmarktproblem Niederösterreichs und vor allem das von Rabensburg.“



Bahnhof Rabensburg: 250 der 1.140 Einwohner:innen von Rabensburg fahren ab fünf Uhr in der Früh mit der Nordbahn zum Arbeiten nach Wien und am Abend wieder heim.

sich die Stadtgemeinde 2021 den guten 55. Platz erarbeitet und sich damit in nur einem Jahr um 52 Plätze verbessert. Im Vergleich ähnlich großer Kommunen, also mit 5.000 bis 10.000 Einwohner:innen, belegt St. Valentin sogar Platz fünf.

Diese Verbesserungen wurden unter der Führung der Bürgermeisterin weitgehend aus eigener Kraft geschafft. Das hat einen guten Grund: In St. Valentin sprudelt die Kommunalsteuer. Tausende Arbeitsplätze sorgen für jährliche Einnahmen von rund sieben Millionen Euro. Das ist ein wichtiger Bestandteil im Gesamtbudget von rund 26 Millionen Euro. Der SpritzgussHersteller Engel, die Traktorenschmiede Case New Holland, ehemals Steyr Traktoren, und Magna Engineering sind die wichtigsten Leitbetriebe neben vielen Klein- und Mittelbetrieben. Und dennoch hat die Kommune ein Thema: „Weil die Westbahnstrecke die Stadt in der Mitte teilt, haben wir alles doppelt“, sagt die Bürgermeisterin und Landtagsabgeordnete, „zwei Turn- und zwei Fußballvereine, zwei Musikkapellen usw.“

Diese Trennung sitzt heute noch immer in vielen der rund 9.300 Köpfe mit Hauptwohnsitz in St. Valentin. Da die Arbeiter:innen, dort die Konservativen – so ist das entstanden. Um die Bevölkerung zu einen, ist die Bürgermeisterin dabei, ein lang gehegtes Projekt umzusetzen: das Valentinum, ein Zentrum für alle Einwohner:innen der Stadt, also „eine zeitgemäße Halle für kulturelle Veranstaltungen wie Kabarets, Konzerte und Theater sowie für gesellschaftliche Ereignisse – etwa Bälle und größere Feiern“, schreiben die „Niederösterreichischen Nachrichten“. Und ebenfalls im Bau: eine Musikschule.

Der Kauf des 5.800 Quadratmeter großen sogenannten Stöckler-Areals für das Valentinum wurde 2016 einstimmig im Gemeinderat beschlossen. „Wir investieren damit in die Gemeinschaft“, sagt Suchan-Mayr. Und: „Der gesellschaftliche Nutzen ist groß, lässt sich zwar nicht in Zahlen messen, dafür aber in Zufrie-

denheit. Und die Zufriedenheit steigt“, attestiert sie. Das Verbindende ist der Stadt rund 12,6 Millionen Euro wert. So viel wurde für das Valentinum veranschlagt. 3,45 Millionen Euro davon kommen vom Land. Der Baubeginn und die Gleichfeier waren während der Pandemie. Am 11. Februar 2023 wird die Veranstaltungshalle feierlich eröffnet, der 14. Februar 2023, der nächste Valentinstag, wird dann schon im Valentinum gefeiert. Bis die Stadt so weit ist, wird es Jahrzehnte gedauert und viele Budgets und viele Anläufe gebraucht haben.

Kindergartenoffensive

Doch ein ganz beträchtlicher Teil des Budgets wird durch Fixkosten aufgefressen, also durch Personalkosten oder gerade jetzt durch die steigenden Energiepreise. „Die freie Finanzspitze wird auch bei uns immer kleiner“, so Suchan-Mayr, „und wenn Gemeinden Probleme haben, werden sie ihre Investitionen hinterfragen und Prioritäten setzen“ – zum Beispiel ob sie sich ein Freibad leisten oder den Familien eine adäquate Kinderbetreuung zukommen lassen können.

„Gerade die Kindergärten sind mir ein Herzensanliegen“, sagt die Bürgermeisterin. St. Valentin geht in den Ferien mit gutem Beispiel voran und bietet mit dem sogenannten „Takatukaland“ eine kostenlose Kinderbetreuung während aller Schulferien an. „Die Teilnahme ist flexibel und ohne Voranmeldung möglich“, so die Bürgermeisterin.

„Ich stehe hinter der Kindergartenoffensive unter dem Motto ganztätig, ganzjährig und gratis für das Land, damit Kinder nicht nur in Wien, sondern auch bei uns in Niederösterreich ab dem zweiten Lebensjahr den ganzen Tag in den Kindergarten gehen dürfen. Das ist zwar personell und auch finanziell eine riesige Herausforderung – aber machbar!“ ▀

Unsere Budgethoheit

Der Nationalrat, unsere Volksvertretung, entscheidet und kontrolliert, wie die Steuermittel eingesetzt werden. Dieses erkämpfte demokratische Grundrecht muss gesichert bleiben.

TEXT BRIGITTE PELLAR

Welche Unsicherheit entstehen kann, wenn die gewählte Volksvertretung von der Regierung ignoriert oder zu spät einbezogen wird, erlebten wir zuletzt in den Pandemie Jahren. Alleingänge der Regierung beim Einsatz von Steuermilliarden sind in diesem Ausmaß erst seit 2008 möglich, zuvor war man im Gegenteil darum bemüht, die Entscheidungs- und Kontrollmöglichkeiten des Nationalrats auszubauen.

Die Mitsprachemöglichkeit Steuern zahlender Bürger:innen beim Staatsbudget stand am Beginn der modernen Demokratie. Es war aber nur ein erster Schritt, denn welche Politik gemacht wird und wie viele Mittel eingesetzt werden, betrifft ja alle Menschen, die in einer Gesellschaft leben. Deshalb spielt die Steuerleistung seit 1918 für das Wahlrecht endgültig keine Rolle mehr. Die 1920 beschlossene österreichische Verfassung legt die Budgethoheit des Nationalrats in ihrem Paragraphen 51 fest. Ursprünglich hielt man einen einzigen Satz für ausreichend, weil die Regierung, die den Budgetentwurf auszuarbeiten hat, zunächst vom Nationalrat gewählt wurde und diesem direkt verantwortlich war. Seit 1929 bestellt der Bundespräsident die Regierung, und deshalb kamen Bestimmungen hinzu, um die Budgethoheit der Volksvertretung weiter abzusichern. In dieser Form wurden sie 1945

übernommen und mehrmals verbessert.

Die Trendumkehr 2008 geschah im Namen der Effizienz. Bisher umfasste ein Budgetvoranschlag mehr als 1.000 Ansätze. Das alles durchzusehen war Knochenarbeit, ermöglichte aber Opposition und begutachtenden Interessenvertretungen, von Anfang an auf Probleme aufmerksam zu machen und Änderungen einzufordern. Denn bekanntlich liegt der Teufel im Detail. Jetzt werden nur mehr 70 „Globalbudgets“ eingebracht, was den Entscheidungsrahmen des Nationalrats und die Mitsprache bei der Begutachtung deutlich einschränkt. Das sollte in der Diskussion um die Stabilität unserer Demokratie mehr Beachtung finden. ▸



Den Gürtel enger schnallen?

Österreich hat eine Staatsschuldenquote von mehr als 80 Prozent des BIP und einen Finanzminister, der prophezeit, dass die Quote kurzfristig auf 72,5 Prozent sinken wird – ganz ohne Gegenfinanzierung und „Vollkasko mentalität“.

TEXT STEFAN MAYER

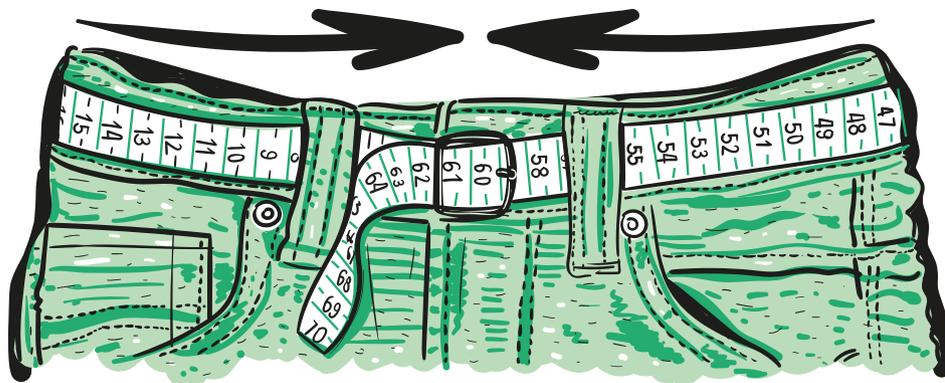
Zweieinhalb Jahre Pandemie, Russlands Krieg gegen die Ukraine, der seit Februar andauert, und eine galoppierende Inflation kosten Österreich viel Geld. Auf einen funktionierenden Sozialstaat muss man sich als Bürger:in verlassen können: Trotz multipler Krisen darf niemand finanziell alleine gelassen werden, auch wenn sich das Land dadurch verschuldet. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) weist Österreich aktuell einen Schuldenstand von etwas über 80 Prozent auf. Die Staatsschuldenquote bildet das Verhältnis zwischen den Staatsschulden und dem BIP eines Landes ab. Alle Schulden, die ein Land hat, stehen hier der Gesamt-

Wirtschaftsleistung gegenüber. Laut den EU-Konvergenzkriterien, die ein Land zur Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) erfüllen muss, darf der öffentliche Schuldenstand 60 Prozent nicht überschreiten. Die Hälfte der EU-Staaten erfüllt diese Quote im Moment, die andere Hälfte liegt zum Teil deutlich darüber. Im Zuge der ersten Budgetrede von Magnus Brunner (ÖVP) wurde das Ziel vorgegeben, die Staatsschuldenquote bis 2026 auf 72,5 Prozent sinken zu lassen. Angeblich funktioniert das ohne Gegenfinanzierung. Gleichzeitig betonte Brunner in einem „News“-Interview, dass es in Österreich ein Ende der „Vollkasko mentalität“

braucht und das „Anspruchsdenken an den Staat seit Corona und der Teuerung zu hoch ist“. Geht es also nach dem Finanzminister, müssen die Österreicher:innen zukünftig den Gürtel wieder enger schnallen. Auch wenn durch die Krise die Gruppe der armutsgefährdeten Menschen dank des Sozialstaats nur leicht angestiegen ist, so sind es doch immerhin 1,29 Millionen (14,7 Prozent), für die Sparen einfach nicht möglich ist.

Land des Verteilungsfehlers

Mit einem entsprechenden Wachstum ist es jedoch möglich, die Schuldenquote zu senken. Die nominelle Wirtschaftsleistung wird bis 2026 in Österreich deutlich ansteigen. Die Teuerung wird dabei ein Faktor sein. Doch der Staat muss gleichzeitig investieren, um zukunftsfit zu werden. „Es besteht akuter Investitionsbedarf für Bildung, Pflege und Maßnahmen gegen die Klimakrise, daher wären Gegenfinanzierungsmaßnahmen wie Übergewinnsteuer, Vermögensteuer und die Aussetzung der Senkung der Körperschaftsteuer dringend notwendig“, sagt Tobias Schweitzer, Leiter des Bereichs Wirtschaft in der AK Wien. In Österreich besteht ein Verteilungsfehler. Der Sozialstaat wird über Abgaben und Konsum finanziert und nicht über vermö-





Es gehe in der jetzigen Situation nicht ums Sparen, so Tobias Schweitzer, AK Wien, sondern um das Setzen der richtigen Schwerpunkte sowie um die Gegenfinanzierung.

gensbezogene Steuern, die fünf Milliarden einbringen würden, wie Berechnungen ergaben. „Auf internationaler Ebene ist Österreich hier weit hinten. Wenn man als Vergleich eine Fußballtabelle heranziehen will, dann kann man sagen, wir spielen im unteren Abstiegsdrittel mit“, meint Oliver Picek, Chefökonom des Momentum Instituts. Weitere Milliarden lässt sich der Staat durch die Steuervermeidung großer Unternehmen entgehen – eine finanzielle Last, die am Ende wieder die Arbeitnehmer:innen und die kleinen Selbstständigen zu tragen haben. „Diese müssen zahlen, was die anderen nicht zahlen, das ist das Grundproblem“, so Picek. Aktuell

sind die politischen Prioritäten in Österreich auf Steuersenkungen und keine neuen Steuern ausgerichtet. Kurzfristig kann das gut gehen, langfristig aber wohl nicht. Denn irgendwoher muss das Geld kommen, das für die Pensionen, für die Pflege, die Kinderbetreuung und das Klima in den kommenden Jahren gebraucht werden wird. „Es hätte in der Vergangenheit mehr Investitionen in den Ausbau des Sozialstaats und in Richtung sozialökologischen Umbau der Wirtschaft bedurft, dies hätte unsere Ökonomie und das Budget widerstandsfähiger gegen die vergangenen Krisen gemacht“, ist Schweitzer überzeugt.

„Bei vermögensbezogenen Steuern spielt Österreich im unteren Abstiegsdrittel.“

Oliver Picek, Chefökonom Momentum Institut

Kein Grund für ein Sparpaket

Könnte auf Österreich aber trotzdem ein Sparpaket zukommen? Kurzfristig wohl nicht, aber mittelfristig kann sich die Situation ganz anders darstellen. „Wenn die Zinsen weiter steigen, wird das Budget fragiler, und man geht das Risiko ein, dass die Schulden ein Problem werden“, sagt Picek vom Momentum Institut. Der Sozialstaat könnte unter einer höheren Schuldenlast ein Ziel für Einsparungen werden. Kürzungen oder zu wenige Investitionen wären ein durchaus mögliches Szenario. Ein weniger gewichtiges Problem stellt da der höhere Zinsaufwand im Haushalt dar. Bis 2026 werden zwar elf Milliarden Euro mehr benötigt, jedoch ist das relativ zur Wirtschaftsleistung nur ein Anstieg von 1,1 auf 1,6 Prozent, was aber weiterhin deutlich unter dem langfristigen Durchschnitt liegt. Und Österreich kann bei steigenden Zinsen beispielsweise seine Nullzinsanleihen aufstocken und somit rechnerisch das aktuelle Budget belasten, aber es würden in den folgenden Jahrzehnten weiterhin keine Zinsen anfallen. „Da es sich um langfristige Anleihen handelt, bezahlt man damit einmalig einen Abschlag, also eine Summe zu Beginn, und profitiert dann beispielsweise zehn oder 30 Jahre davon, je nach Laufzeit der Anleihe“, so Picek. Dieser Abschlag wird sofort verbucht, und damit kommen elf Milliarden Euro Mehraufwand an Zinsen zustande. Allerdings profitiert Österreich davon langfristig. Ein Fehler wäre es, wenn Österreich aktuell den Sparstift ansetzen würde, meint Schweitzer von der AK: „Es geht nicht ums Sparen in der jetzigen Situation, sondern um die Setzung der richtigen Schwerpunkte und darum, wie man die Maßnahmen gegenfinanziert.“ Die Experten von AK und Momentum Institut sind sich einig: Um die Herausforderungen der Zukunft zu stemmen, braucht es den Fokus auf Themen wie Bildung, Kinderbetreuung, Pflege und Klima – und darauf, wie die Gegenfinanzierung dieser Ausgaben aussehen kann. ▀

Wie klimafit ist das Budget?

Neue Ansätze, alte Fehler: Das Budget 2023 beinhaltet mehr oder weniger treffsichere Maßnahmen zum Klimaschutz. Doch wie sehr können diese zu einer Transformation Richtung Nachhaltigkeit beitragen? Und warum kommen Einkommensschwächere schon wieder zum Handkuss?

TEXT GEORG SANDER

Österreich hat Handlungsbedarf in Sachen Klima: Die Treibhausgase sind auf demselben Niveau wie vor 30 Jahren. Aber sieht man das im Budget? In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin NEWS konstatiert Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP): „Wenn wir bis 2030 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Quellen haben wollen, bis 2040 CO₂-Neutralität, dann müssen wir schneller werden.“ Das Budget für Umwelt, Klima und Energie steigt 2023 um 790 Millionen auf rund 3,24 Milliarden Euro, darüber hinaus sind in Unternehmen und privaten Haushalten viele Energiesparmaßnahmen in Form von Förderungen geplant.

Wir lernen: Die Regierungskommunikation umfasst viele Zahlen. Was sie in der Umsetzung und hinsichtlich der Zielerreichung bedeuten, ist nicht richtig greifbar.

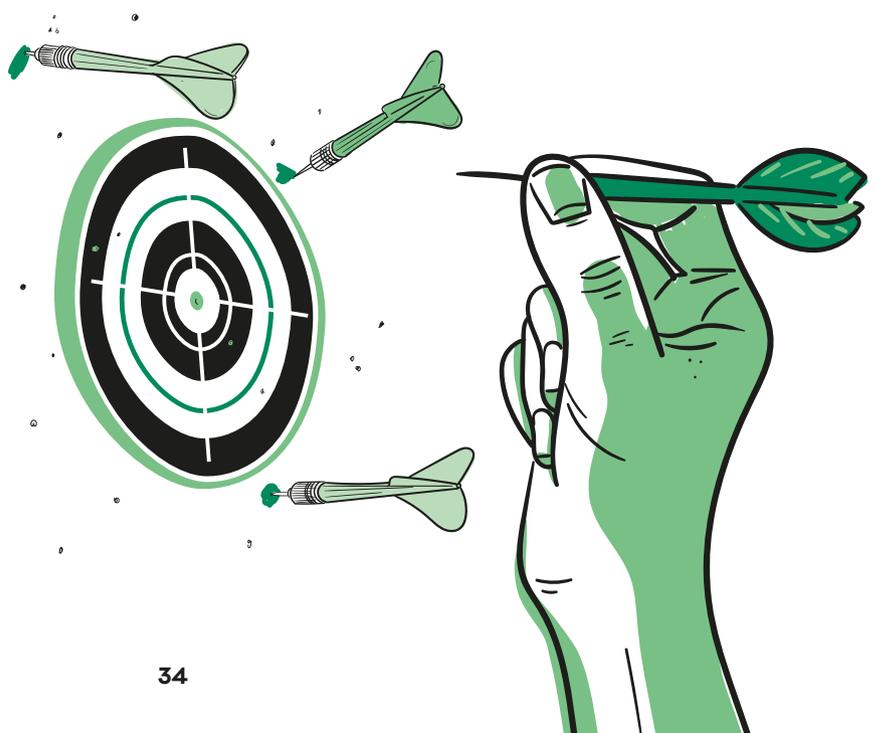
Christian Kdolsky, Kampagnensprecher des Klimavolksbegehrens, spricht die harte Realität an: „In Hinblick auf die Klimakrise spiegelt das Budget die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte wider. Einen erheblichen Anteil des Defizits von 17 Mrd. Euro machen Maßnahmen gegen die Teuerung sowie die Beschaffung der Gasreserve aus. Die Untätigkeit beim Ausbau der Erneuerbaren hat die selbst gemachte Abhängigkeit von fossilen Importen verstärkt, die hauptverantwort-

lich für die Teuerung sind.“ Nun kommen Investitionen und letztlich auch die wohl am meisten besprochene Maßnahme, die CO₂-Bepreisung: Sind das alles die richtigen Hebel? Die Regierung sieht sich auf einem guten Weg, und Brunner meint: „Anreize statt Verbote sollte der Zugang sein.“ Wirklich?

Probleme eindämmen

„Das Budget hat hohe Volumina in klimarelevanten Bereichen. Das Problem wird gesehen“, attestiert Christoph Streissler,

Referent in der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien. Positiv hebt er etwa die halbe Milliarde Euro an spezifischen Finanzierungen für die Gemeinden hervor. Hier könnten punktuell Dinge vor Ort umgesetzt werden. Der Hauptverursacher von Emissionen sei aber der Verkehr, der nicht im Umweltkapitel abgebildet werde und wo Österreich vorbildlich sei. Für das Gesamtbild seien Mobilitätsangebote in den Regionen wichtig, und in dem Punkt mache das Budget nichts falsch. Und wie schon im letzten Budget gebe es hohe Mit-



tel für den thermischen Bereich, also Gebäudedämmung und Heizung. Hier wird also einiges getan.

Komplizierter ist die Lage bei der Industrie. Budgetiert sind 5,7 Mrd. Euro für die Transformation der Industrie, um etwa beim Stahl von Koks auf Wasserstoff umzusteigen. Das sei vorbildlich, allerdings handle die Industrie mit CO₂-Zertifikaten auf EU-Ebene. Kurz gefasst: Was hierzulande eingespart wird, kann woanders in die Atmosphäre gestoßen werden. Das schmälert nicht den Versuch, in Österreich klimaneutraler zu werden, aber „die Emissionen sinken nur dann, wenn sie vom Markt genommen werden“, meint Streissler. Die Einschätzung, dass hier dennoch an der richtigen Stelle etwas getan wird, teilt man auch beim Klimavolksbegehren, „weil damit nachhaltig in den Wirtschaftsstandort investiert wird. Österreich hat damit gute Voraussetzungen, bei grünen Zukunftstechnologien eine führende Rolle einzunehmen.“

Negativ fällt bei den Förderungen der sogenannte Mitnahmeeffekt auf: „Das heißt, dass ein Fördernehmer eine Maßnahme ohnehin gesetzt hätte – etwa den Heizungstausch – und sich die Förderung obendrauf holt“, so Streissler. Die AK fordert Effizienz, wie es auch die Bundesverfassung vorsieht: „Für den gegebenen Mitteleinsatz muss es die maximale Umweltwirkung geben. Effiziente Förderung ist Emissionsreduktion pro eingesetzten Euro. Das macht man nicht aus Jux und Tollerei.“

Negatives Verhalten wird teurer

„Förderungen für Unternehmen sollten aus unserer Sicht immer an Bedingungen geknüpft werden“, meint Streissler dazu, „sonst subventioniert man private Gewinne aus öffentlichen Mitteln.“ Fraglich ist eben, wie sozial gewisse Maßnahmen sind. Wer etwa mit geringem Einkommen noch eine Ölheizung hat, kann sich ja gar nicht den Grundbetrag für einen Tausch leisten. „Energiekosten gehören zu den wenigen Dingen, wo jene mit niedrigen Einkommen



„Förderungen für Unternehmen sollten aus unserer Sicht immer an Bedingungen geknüpft werden“, meint Christoph Streissler, AK Wien „sonst subventioniert man private Gewinne aus öffentlichen Mitteln.“

mehr zahlen. Alles, was hier anknüpft, ist problematisch.“

Das Offensichtlichste, was letztlich alle Menschen direkt oder indirekt betrifft, ist die CO₂-Bepreisung. Selbst wer kein Auto hat, zahlt mehr, etwa durch den LKW-Diesel in der Logistik. „Es hat eine entsprechende Breitenwirksamkeit“, erklärt Dominik Bernhofer, Ökonom und Leiter der Abteilung Steuerrecht in der AK Wien. Laut einer WU-Studie ist das einkommensschwächste Zehntel der Haushalte bei einer CO₂-Bepreisung mit 1,2 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens betroffen und damit viermal so stark belastet wie das einkommensstärkste Zehntel, das bei einem CO₂-Preis von 50 Euro pro Tonne mit Kosten von 0,3 Prozent zu rechnen hat: „Negatives Verhalten wird teurer.“

Die Emissionen würden mit dem Einkommen steigen, aber sie sind nicht nur davon abhängig, sondern auch von Wohn- und Arbeitsort oder dem Zustand der Wohnung. Der Anreiz würde beim einfachen Beispiel Sprit bedeuten, anders mobil zu sein, um den Klimabonus, den jede:r erhält, optimal auszunutzen. „Man will Lenkungseffekte erzielen“, so Bernhofer, „viele Klimaökonom:innen denken, dass genau das ein wichtiges Element ist, um Klimaziele zu erreichen.“ Es brauche aber eine soziale Abfederung, die AK hat hier

den „Ökobonus PLUS“ vorgeschlagen. Der Klimabonus alleine entspreche nicht den Kriterien einer sozialen Ausgewogenheit.

Und darüber hinaus, so Christian Kdolsky vom Klimavolksbegehren, fehle noch ein Kernelement, denn: „Säumig ist die Regierung bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen, etwa beim Klimaschutzgesetz, das der Wirtschaft die langfristige Planungssicherheit geben könnte. Statt aber die begleitenden gesetzlichen Maßnahmen zu schaffen, wird ein weiteres Mal lediglich das Füllhorn ausgeschüttet. Das seit zwei Jahren fällige Klimaschutzgesetz würde genau diese Lücke füllen.“

Das Anreiz-Dilemma

Vor allem an der sozialen Ausgestaltung setzt die Budgetkritik an. Klimaschutz alleine, ohne zu bedenken, was das für die einkommensschwächeren Menschen bedeutet, ist nicht nachhaltig. Förderungen ohne Forderungen sind es ebenfalls nicht, denn private Haushalte brauchen ja erst einmal das Geld, um sich Teile der Energiewende leisten zu können.

„Anreize“ für alle, die es sich leisten können, aber kaum zielgerichtete Unterstützung für den großen Rest – das entspricht wohl nicht den Kriterien eines klimafitten Budgets. ▀

Es kracht und knirscht!

In der Kostenfalle: 2023 fehlen Österreichs Gemeinden 1,2 Milliarden Euro. Bürgermeister:innen drehen das Licht ab, stoppen wichtige Investitionen und lernen im Schnellverfahren, wie man hart am Limit überlebt.

TEXT MELANIE STRANSKY

Österreichs Gemeinden brüten derzeit über ihren Budgets für 2023, und es sieht nicht gut aus. Immer mehr Gemeinden krachen, immer mehr sind im Zuge der Teuerung finanziell am Limit.

Die Prognosen zeichnen ein düsteres Bild: 2023 werden die laufenden Ausgaben ungefähr doppelt so stark steigen wie die Einnahmen (siehe Kasten). Nach Berechnungen des Zentrums für Verwaltungsforschung (KDZ) fehlen im kommenden Jahr bis zu 1,2 Milliarden Euro. Ohne Gegenmaßnahmen fällt diese Finanzlücke somit größer aus als jene im Corona-Jahr 2020 – damals kam es pandemiebedingt zu Mindereinnahmen von „nur“ 650 Millionen Euro.

Viele Bauprojekte sind aufgrund der gestiegenen Baukosten und höheren Kreditzinsen bereits horrend teuer geworden. Auch die Instandhaltungskosten explodieren im Zuge der Teuerung.

Die Energiekosten haben sich günstigstenfalls verdoppelt und können – abhängig von den bisherigen Verträgen – auf bis das Zehnfache steigen. Vor diesem Hintergrund empfiehlt sich eine gehörige Portion Realismus, denn so wichtig die Energiesparmaßnahmen der Gemeinden auch sind: Die aktuellen Preissteigerungen können dadurch unmöglich wettgemacht werden.

Anstehende wichtige Projekte wie die Kinderbetreuungsoffensive in Niederösterreich – Kindergarten-Eintritt ab zwei statt wie bisher zweieinhalb Jahren, maximal eine Schließungswoche im Sommer, kleinere Gruppen – machen die Situation für die Kommunen nicht einfacher, denn es braucht dazu mehr Personal, und in zahlreichen Gemeinden müssen Räumlichkeiten ausgebaut werden. Dabei lief es zu Jahresbeginn noch so gut. Nach dem Corona-Tief 2020 entwickelte sich 2021 besser als erwartet, und die Kommu-

nen konnten grosso modo wieder an das Vorkrisenniveau anknüpfen. Doch es musste offenbar erst besser werden, um dann wieder schlechter zu werden. „Darauf konnte man sich nicht vorbereiten“, sagt Thomas Kattinig von der Daseinsgewerkschaft youunion.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) geht jedenfalls von anhaltend hohen Inflationsraten um die fünf Prozent im kommenden Jahr aus. Das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von zwei Prozent wird wohl noch länger unerreicht bleiben – oder wie Finanzminister Magnus Brunner es in seiner Budgetrede formulierte: Die hohe Inflation werde die Österreicher:innen „natürlich noch länger begleiten“.

Kosten mit Folgen

„Der Sachaufwand ist bereits jetzt deutlich gestiegen“, sagt Hans Pitlik vom WIFO. Dennoch sieht der Experte für heuer noch keine allzu großen Probleme für die Gemeindefinanzen. Die Steuereinnahmen sprudeln – denn hohe Inflation bedeutet auch das –, und davon haben letztlich auch die Gemeinden etwas. Die Auswirkungen der Inflation und der wirtschaftlichen Unsicherheiten werden erst 2023 voll durchschlagen und auch 2024 zu Folgekosten führen. Konkret heißt das: Im kommenden Jahr steigen auch im öffentlichen Sektor die Personalkosten empfindlich – die Tarifverhandlungen laufen noch. Es sei zu befürchten, dass frei werdende Stellen nicht nachbesetzt werden.

Ein großer Unsicherheitsfaktor sei zudem, wie stark die Teuerung auf das Sozialbudget der Gemeinden durchschlägt. Die Transferzahlungen an die Länder für Soziales und Gesundheit steigen



„Wir brauchen sofort ein Hilfspaket des Bundes“, so Thomas Kattnig, youunion, da bei den aktuell angespannten Gemeindefinanzen die soziale Infrastruktur auf der Strecke bleiben könnte.

jedenfalls. „Dieser Bereich entwickelt sich besonders dynamisch, die Anteile an den Gemeindeausgaben werden immer größer“, betont KDZ-Expertin Karoline Mitterer.

Unterm Strich rechnen Expert:innen damit, dass die Gemeinden weniger investieren. Auch Pitlik sieht eine Abschwächung der Investitionsleistungen: „Hier einzusparen ist relativ einfach, indem man bestimmte Investitionen um ein Jahr verschiebt.“

Der Konjunkturmotor in der Gemeinde läuft also Gefahr, ins Stottern zu geraten oder ganz auszufallen, bedeuten doch gestoppte kommunale Bauprojekte nicht zuletzt fehlende Aufträge für regionale Unternehmen. Denn die Gemeinden sind wichtige Auftraggeber: „3,9 Milliarden Euro investieren die Kommunen pro Jahr, und diese regionale Wertschöpfung ist gerade gefährdet“, betont Kattnig.

Regionale Wertschöpfung gefährdet: Jährliche Investitionen der Kommunen



In der Folge muss laut Mitterer damit gerechnet werden, dass die Anzahl der Abgangsgemeinden – das sind jene, die keine freie Finanzspitze für Investitionen haben – 2023 wieder auf Corona-Niveau steigen werden. Im Jahr 2020 war in etwa jede dritte österreichische Gemeinde eine Abgangsgemeinde. Für Gemeinden in dieser Situation ist trotzdem noch nicht alles verloren. Es bedeutet noch nicht automatisch, irgendwann unter der Zwangsverwaltung des Landes zu enden. „Ein Jahr ist kein Problem, schwierig wird es, wenn die Krise über mehrere Jahre anhält“, sagt Mitterer.

Pump ist auch keine Lösung

Einfach mehr Schulden machen ist keine Option, zumal die Nettoverschuldung der Gemeinden ausgewogen sein muss. Durch hohe Verschuldung würden die Gemeinden ihre Probleme nur in die Zukunft verschieben und Abgangsgemeinden tiefer in die Abwärtsspirale rutschen. Deshalb gibt es seitens der Länder relativ enge Grenzen für Gemeinden in Sachen Verschuldung – etwa das Verbot der Darlehensfinanzierung der laufenden Ausgaben –, die auch in Krisenzeiten nur begrenzt erweitert werden.

Was tun?

Was muss also kurzfristig und was mittelfristig getan werden, um die Gemeinden zu stärken? Wichtig ist, dass die Gemeinden liquide bleiben und investieren können, betont Mitterer: „Hier sind alle Gebietskörperschaften, also auch Bund und Länder, in die Pflicht zu nehmen.“

In Finanzminister Magnus Brunners Budgetplan für 2023 ist zwar ein kommunales Investitionspaket über eine halbe Milliarde Euro vorgesehen – mit einem Fokus auf Energieeffizienz. Dabei sollte jedoch auf die soziale Infrastruktur nicht vergessen werden, mahnt Mitterer. „Dabei sollte neben den bereits geplanten Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung auch ein Schwerpunkt auf die soziale Infrastruktur gelegt werden“, empfiehlt die Expertin.

Soziale Infrastruktur bedroht

„Wir brauchen sofort ein Hilfspaket des Bundes“, fordert Kattinig von der younion. Nicht nur in der Daseinsgewerkschaft geht die Sorge um, dass bei angespannten Gemeindefinanzen die soziale Infrastruktur auf der Strecke bleiben könnte. Investitionen in den Bereichen Pflege, Betreuung und Elementarpädagogik sind laut Kattinig besonders wichtig, damit die Kommunen auf die demografischen Veränderungen reagieren können.

Bedarf und Transparenz

Grundsätzlich stehen Österreichs Gemeinden für Investitionen auch die vom jeweiligen Bundesland zurückbehaltenen Mittel aus der sogenannten Bedarfszuweisung zur Verfügung. Angesichts der angespannten Finanzlage kommt diesem Geldtopf aktuell eine besondere Bedeutung zu. Es ist nämlich so, dass die Gemeinden aus dem Finanzausgleich einen Anteil von 11,88 Prozent bekommen – allerdings können sie darüber nicht zur Gänze verfügen, weil das Land einen Teil einbehält. Bei Bedarf fragen die Gemeinden um Geld aus diesem Topf für ihre Investitionsprojekte an. Für die Verteilung gibt es zwar Regeln, aufgrund deren Interpretation jedoch auch einen Graubereich. Es wird immer wieder kritisiert, dass die Bedarfszuweisung in einigen Bundesländern als „politisches Geld“ eingesetzt wird. Niederösterreich eilt diesbezüglich ein gewisser Ruf voraus.

Dass es auch anders geht, macht Salzburg vor. Das Bundesland setzt auf maximale Transparenz. Es gibt eine Datenbank, die einsehbar ist, in der alle eingereichten Gemeindeprojekte eingepflegt sind und aus der ganz klar hervorgeht, welche Projekte in welcher

Finanzausgleich: Anteil der Gemeinden am Gesamtvolumen

12,8
Prozent



Ungenutzte Einnahmequelle für Gemeinden: Die Grundsteuer basiert auf Einheitswerten aus den 70er-Jahren – „das ist weder gerecht noch gerechtfertigt“, so Karoline Mitterer, Expertin des KDZ.

Höhe finanziert werden. Laut Expert:innen ist jetzt der ideale Zeitpunkt, die längst überfällige Reform der Bedarfszuweisung österreichweit verpflichtend umzusetzen.

Mittelfristig schlummern ungenutzte Gemeindecinnahmen in der Anhebung der Grundsteuer. Sie basiert bis heute auf Einheitswerten aus den 70er-Jahren. „Das ist weder gerecht noch gerechtfertigt. Die Einkünfte aus der Grundsteuer sind niedriger als die GIS-Einnahmen“, betont Mitterer. Da die Grundsteuer im Gegensatz zur Kommunalsteuer, die sich aus den Lohnnebenkosten finanziert, eine von der Konjunktur unabhängige Abgabe ist, würde mehr Geld aus dieser Quelle den Gemeinden auch mehr (finanzielle) Autonomie bringen.

In Deutschland wird übrigens gerade an einem neuen, zeitgemäßen Grundsteuermodell gearbeitet, das zur Orientierung dienen kann. Ein solches Steuerprojekt ist laut Expert:innen nicht auf die Schnelle umsetzbar – ein Grund mehr, es möglichst rasch auf den Weg zu bringen.

Finanzausgleich überholt

Mitterer kritisiert zudem, dass der Verteilungsschlüssel des Finanzausgleichs dringend zugunsten der Gemeinden anzupassen ist: „Denn die Gemeinden übernehmen immer mehr Aufgaben, bekommen aber nicht mehr Geld.“

Eine schnelle Lösung, die Einnahmen der Gemeinden zu steigern, ist freilich das Anheben klassischer Kommunalgebühren wie für Wasser, Kanal, Müllabfuhr, Parken. Noch nehmen viele Bürgermeister:innen davon Abstand, weil das die Inflation weiter antreiben würde, weil sie die Menschen nicht mit weiteren Mehrkosten belasten wollen und auch weil das wenig populär ist – vor allem dann, wenn die Nachbargemeinde es nicht tut. ▀

Sophie Achleitner, Ökonomin am sozialliberalen Momentum Institut

Mattias Muckenhuber, Ökonom der Arbeiterkammer Wien

Tamara Premrov, Referentin für öffentliche Haushalte und Sozialstaat der Arbeiterkammer Wien

Zusammengefasst von Eva Winterer

Budgetanalyse 2023–2026: Soziale Handschrift gefragt

Im neuen Bundesbudget kommt vor allem eines zu kurz: eine soziale Handschrift. Auf die multiplen Krisen wird zwar neuerlich mit deutlich höheren Ausgaben reagiert, insbesondere Beziehenden niedriger Einkommen werden jedoch nach Auslaufen der Einmalzahlungen mit realen Verlusten allein gelassen. Auf mittelfristige Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt oder im Bildungsbereich wird nur ungenügend reagiert und auf eine gerechte Gegenfinanzierung durch eine Übergewinnsteuer oder vermögensbezogene Steuern verzichtet.

Höhere Ausgaben ohne Gegenfinanzierung: COVID-19-Krise, Ukraine-Krieg, die Energie- und Teuerungskrise und die Klimakrise prägen den Entwurf des Bundesvoranschlags 2023 und die dazugehörigen Finanzzahlen bis 2026. Gesundheit, innere und äußere Sicherheit sowie der Klimaschutz sind entsprechende Schwerpunkte auf der Ausgabenseite, die allerdings von den Antiteuerungsmaßnahmen in den Schatten gestellt werden. Die Regierung setzt vor allem auf einkommenserhaltende und weniger auf preissenkende Maßnahmen. Dabei würden ordnungspolitische Eingriffe – etwa die Aussetzung der ungerechtfertigten Preisbildung auf dem Strommarkt – die Krisenursachen nachhaltig an der Wurzel bekämpfen und die Kosten für die Allgemeinheit gering halten.

Mit der aktuellen Budgetpolitik setzt die Regierung ihren expansiven Kurs fort. Finanziell kommt für die Krisenbekämpfung die Allgemeinheit auf. Denn zusätzliche Finanzierungsmaßnahmen bleiben weiterhin außen vor, wie etwa die Einführung einer Übergewinnsteuer. Vielmehr wird mit der KöSt-Senkung an einem Steuergeschenk für Unternehmen festgehalten.

Folglich wird der Defizitpfad neuerlich nach oben korrigiert – trotz der regelmäßigen Lippenbekenntnisse des Finanzministers zu eiserner Budgetdisziplin. Beim aktuellen Defizitpfad sind spätestens 2024 aufgrund der nationalen wie europäischen Fiskalregeln Konsolidierungsmaßnahmen vorprogrammiert. Erst dann wird sich zeigen, wer die vorerst ungedeckte Rechnung für Aufrüstung, Teuerungs- und Energiekrise etc. zahlen wird.

**So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach:
A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo**

Sparen ohne Vision

Österreich bekommt wieder einmal ein neues Budget, das die Vertretungen der Beschäftigten als unzureichend erachten. Ein Überdenken der strikten Sparvorgaben scheint EU-weit nach mehr als 20 Jahren angesichts der momentanen Krisen immer dringlicher.

TEXT HEIKE HAUSENSTEINER

Das die Bundesregierung ihre Pläne für den Staatshaushalt verteidigt, versteht sich von selbst. Dass Österreichs Vertretungen der Arbeitnehmer:innen sozialpolitische Maßnahmen und nachhaltige Strukturreformen vermissen, ist auch klar. Faktum ist: Die Prioritäten des österreichischen Budgets stellen in Bezug auf die öffentliche Hand keinesfalls die allein selig machende Weisheit dar.

98 Milliarden Euro Einnahmen sollen Ausgaben von 115 Milliarden Euro gegenüberstehen. So ist es geplant im Bundesfinanzgesetz, das sich ÖVP und Grüne fürs kommende Jahr wünschen. Gemäß den – umstrittenen – „Maastricht-Kriterien“ entspricht das einem Defizit des Bundes von 3,1 Prozent der angenommenen Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt, BIP). Das gesamtstaatliche Defizit – also Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen miteingerechnet – wird auf 2,9 Prozent prognostiziert, Gleiches gilt für das strukturelle Defizit des Bundes.

Die Hoffnung lebt

Vorausgesetzt freilich, dass die Wirtschaft 2023 trotz der aktuellen Krisen um 0,2 Prozent wächst. Demnach soll die Schuldenquote des Gesamtstaates 2023 bei 76,7 Prozent des BIP liegen und gemäß Bundesfinanzrah-

men trotz signifikant steigender Zinszahlungen bis 2026 auf 72,5 Prozent sinken.

Zusätzlich zum Staatshaushalt sieht das Budgetbegleitgesetz von ÖVP und Grünen unter anderem eine langfristige Budgetaufstockung für das Bundesheer sowie einen neuen milliardenschweren Fördertopf für die klimagerechte Transformation der Industrie vor. Mehr Mittel soll es auch für klimafitte Investitionen von Gemeinden oder Maßnahmen zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung geben.

Ja, es werde neuerlich viel Geld in die Hand genommen, „jedoch ohne dass dafür eine ausreichende Gegenfinanzierung sichergestellt wäre“, merken die Expert:innen der Arbeiterkammer (AK) in ihrer ausführlichen Budgetanalyse an. Zwar dominieren 2023 die Antiteuerungsmaßnahmen. Einkommen werden stabilisiert, die öffentlichen Investitionen weiter erhöht. Durch die bis Jahresbeginn relativ starke Erholung der heimischen Wirtschaft ging das Defizit zurück, wenngleich weniger stark, als im Vorjahr geplant.

Durch die nun einsetzende Rezession sowie die Anpassung der Steuerstufen an die Teuerung dürfte aber die Zeit der automatischen Budgetverbesserungen zu Ende gehen. Soll die Schuldenquote weiter reduziert und sollen die europäischen wie nationalen Fiskalregeln eingehalten werden,

müssen spätestens 2024 Konsolidierungsmaßnahmen auf den Plan treten.

„Erst dann zeigt sich, wer die Rechnung der Maßnahmen gegen die Teuerungs- und Energiekrise zahlt“, meinen die AK-Ökonom:innen. Wie hoch die Rechnung ausfällt, hängt auch davon ab, welche Fiskalregeln bis dahin in Kraft sind und welche Spielräume diese erlauben.

Von Beginn an bemängelt werden etwa die willkürlichen und unzureichend flexiblen Schulden- und Defizitgrenzen.



Des Weiteren sei die prozyklische Natur der Fiskalregeln vor allem in Rezessionen kontraproduktiv, findet etwa der deutsche Wirtschaftswissenschaftler Achim Truger, Mitglied des Sachverständigenrates der deutschen Bundesregierung auf Vorschlag der Gewerkschaften. Nicht zuletzt kritisiert er die Komplexität der Regeln, den Mangel an Transparenz sowie die demokratischen Defizite des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Anzeichen von Lernfähigkeit

Die Anzeichen verdichten sich, dass die EU aus der Austeritätspolitik nach der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 gelernt hat. Anlässlich der COVID-19-Pandemie wurden die Fiskalregeln befristet ausgesetzt. Das Aufbauprogramm „Next Generation EU“ konzentriert sich auf Investitionen zur Überwindung der Corona-Krise, anstatt erneut eine rigorose Sparpolitik zu betreiben.

Die Energiekrise und die Teuerungs- krise tragen momentan zusätzlich dazu bei, dass die Debatte über die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wieder an Schwung gewinnt.

Eine Gruppe von europäischen Arbeitnehmer:innenverbänden, zivilgesellschaftli-

„Spätestens 2024 müssen Konsolidierungsmaßnahmen getroffen werden. Erst dann zeigt sich, wer die Rechnung der Maßnahmen gegen die Teuerungs- und Energiekrise zahlen wird.“

AK-Ökonom:innen

chen Organisationen, Thinktanks und Wissenschaftler:innen veröffentlichte deshalb im Oktober einen entsprechenden offenen Brief an die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder, den auch die Arbeiterkammer unterzeichnete.

Eine konkrete Neuerung wäre unter anderem die Einführung einer „goldenen Regel“ für öffentliche Investitionen etwa in Nachhaltigkeit, Digitalisierung sowie Bildung, um die Finanzierung durch Defizite zu ermöglichen.

Österreich bremst

Der Reformprozess der Vorgaben, speziell hinsichtlich Verschuldung, ist auf EU-Ebene ins Stocken geraten – nicht zuletzt, weil Regierungen wie jene aus Österreich und insbesondere Deutschland auf der Bremse stehen. „Budgetkonsolidierung darf nicht zulasten wichtiger Ziele wie Vollbeschäftigung oder Klimaschutz gehen“, so die AK. Deshalb sollen im Rahmen der Budgetregeln öffentliche Investitionen bzw. das öffentliche Vermögen geschützt, prozyklische Wirkungen eingeschränkt und Flexibilisierungselemente großzügiger angewandt werden.

Ein besonderes Augenmerk soll auf Städte und Gemeinden gelegt werden: Sie geraten bei strikten Fiskalregeln angesichts ihrer geringen finanziellen Steuerungsmög-

lichkeiten besonders leicht unter Druck – und das hat spürbare Konsequenzen auf Wohlstand und Wohlergehen ihrer Bewohner:innen, analysieren die Haushaltsexpert:innen der AK.

Folgende Maßnahmen erachten sie als notwendig: In der Beschäftigungspolitik seien zur Deckung des Fachkräftebedarfs größere und nachhaltigere Qualifizierungs-offensiven sowie eine bessere Budget- und Personalausstattung des Arbeitsmarktser-vice (AMS) erforderlich.

Im Bildungsbereich bleibt eine alte Forderung aufrecht: Es braucht strukturelle Verbesserungen hinsichtlich Chancengleichheit und beim Ausbau von Kindergärten und Ganztagsbetreuung.

Nach wie vor gestärkt werden müsse der Sozialstaat: Sozial- und Versicherungsleistungen müssen besser vor Armut schützen. Leistungen wie die Gesundheits- und Pflegeversorgung müssen verbessert werden.

Wie sichert man die Finanzierung des Sozialstaates ab? „Das Einnahmepotenzial von Übergewinnsteuer, Vermögen- und Erbschaftsteuer sollte zur Schließung der Steuerlücken genutzt werden“, so jedenfalls die Sicht von Österreichs Beschäftigten-Vertretungen. Andere EU-Länder machen es längst vor und geben ihnen recht. Bis dato auf Granit beißen sie nur bei der Bundesregierung in Wien. ▀



An die Arbeit!

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik hilft Arbeitslosen und Unternehmen. Die Regierung spart damit sogar Geld. Doch Studienergebnisse werden nicht umgesetzt, Mittel sogar gekürzt. Nachhaltige Lösungen sehen anders aus.

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL

Es könnte so einfach sein, denn alle wollen das Gleiche – Beschäftigte und Firmen, Arbeitslose und das AMS, Regierung und Sozialpartner: Alle wollen, dass möglichst wenig Geld an Menschen ohne Beschäftigung gezahlt werden muss, weil möglichst viele eine feste Anstellung haben. Das ist der kleinste gemeinsame Nenner der Arbeitsmarktpolitik. Der Weg zu diesem Ziel ist aber Gegenstand heftigster Streitereien. Keine Regierung, die sich nicht an einer Reform der Arbeitsmarktpolitik in der einen oder anderen Form versucht hätte; keine Reform der Arbeits-

marktpolitik, die nicht weit unter ihren Möglichkeiten geblieben wäre. Jetzt belasten multiple Krisen die Gesellschaft – von der Klimakatastrophe über die Inflation bis hin zur Energiekrise. Und wieder soll an der Arbeitsmarktpolitik gespart werden. Die Opfer stehen schon fest.

Voreilige Freude

Grundsätzlich gibt es Grund zur Freude: Die Arbeitslosenzahlen im Oktober 2022 waren die niedrigsten seit 14 Jahren – 319.000 Menschen waren arbeitslos gemel-

det oder in Schulungen. „Es ist eine Fehleinschätzung, jetzt Stellen abzubauen, weil die Arbeitslosenzahlen niedrig sind. Die Forschungsinstitute prognostizieren, dass das Wirtschaftswachstum nicht weitergeht. Die Teuerungswelle wird nicht aufhören, der Krieg in der Ukraine wird nicht plötzlich enden, und die Energiekrise ist auch noch nicht gelöst. Und wenn der Konsum einbricht, steigt die Arbeitslosigkeit“, prognostiziert Heinz Rammel. Er ist Vorsitzender des Zentralbetriebsrats des AMS.

Er geht damit auf den Plan von Arbeitsminister Martin Kocher (ÖVP) ein, der

„Es ist eine Fehleinschätzung, jetzt Stellen abzubauen, weil die Arbeitslosenzahlen niedrig sind“, so Heinz Rammel, Zentralbetriebsrat des AMS.



250 Planstellen beim AMS streichen möchte. Hintergrund ist, dass mit Ausbruch der Pandemie 2.050 zusätzliche Stellen geschaffen wurden, um den Andrang bewältigen zu können. Eine Streichung von Stellen setzt jedoch voraus, dass die wirtschaftliche Erholung nachhaltig ist. „Wenn ich jetzt Personal abbaue, sich aber im März herausstellt, dass die Krise doch nicht vorbei ist, brauche ich ein Jahr Zeit, bis neue Angestellte zum:zur Berater:in ausgebildet sind“, mahnt Rammel.

Gerade weil derzeit so wenig Menschen arbeitslos gemeldet sind, würde das kommende Budget die Chance für eine nachhaltige Verbesserung bieten. „Wir haben eine große Masse an Langzeitarbeitslosen – und eine Gruppe Arbeitsloser, die älter sind als 50 Jahre. Diese Personen zu vermitteln ist ein Knochenjob, dafür braucht es Berater:innen und Zeit“, sagt Rammel. Und weiter: „Wir haben 30 Minuten pro Arbeitlose:n an Beratungszeit pro Monat eingeplant. Weitert man die Zeit auf eine Stunde aus, brauche ich 1.300 Angestellte mehr. Wenn wir einen Beratungsschlüssel wollen, bei dem ein:e Berater:in weniger als hundert Arbeitslose betreuen muss, brauche ich noch mal 1.300 Leute mehr.“

Effizient, aber unaufgestockt

Für das AMS ist eine entsprechende Aufstockung längst überfällig. Die Einrichtung gehört aktuell zu den effizientesten in Europa: Rund 6.300 Menschen arbeiten dort. Würde das deutsche Pendant – die Bundesagentur für Arbeit – genauso arbeiten, wären dort nur rund 63.000 Menschen tätig. Es sind aber fast doppelt so viele.

Das AMS hat im Jahr 2017 einen Versuch gestartet, den das WIFO begleitet hat. In Linz und Wien wurden jeweils zwei identische Abteilungen – was Aufgaben und Besetzung angeht – gesucht. Je eine davon bekam doppelt so viele Mitarbeiter:innen. Das Ergebnis war, dass die jeweils stärker besetzte Abteilung durch bessere Arbeit Kosten einsparen konnte. „Wenn man das

*„Es ist notwendig, mehr zu tun.
Es braucht eine strategische Ausrichtung
des AMS zur Unterstützung der Klimaziele
und Beschäftigungsprogramme für
Menschen, die arbeitslos sind.“*

Silvia Hofbauer, Arbeitsmarktexpertin, AK Wien

Ziel hat, weniger Leistungen auszahlen zu müssen und mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen, dann muss das AMS mehr Geld für Personal zur Verfügung haben, das ist klar, das haben Studien gezeigt – es passiert nur nicht, und das ist unverständlich“, fasst Rammel das Ergebnis zusammen.

Das hätte nicht nur Vorteile für das Budget und die arbeitslosen Menschen, sondern auch für die Arbeitgeber:innen, glaubt Silvia Hofbauer. Sie ist Leiterin der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration der Arbeiterkammer Wien. „Wenn man perspektivisch denkt, braucht man deutlich mehr Personal. Denn mehr Personal bedeutet eine bessere Betreuung, und zwar sowohl für Arbeitnehmer:innen als auch für Arbeitgeber:innen. So kann kompetenzorientiert vermittelt werden.“ So müssten beispielsweise nicht immer arbeitslose Menschen gesucht werden, die hundertprozentig auf eine offene Stelle passen. Bei intensiveren Gesprächen könnte herauskommen, dass bestimmte fehlende Qualifikationen durch eine gezielte Schulung erlernt werden könnten.

Falsches Sparen

Doch auch an Aus- und Weiterbildung wird im neuen Budget gespart. Dabei müsste gerade hier mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. „Wir wissen aus Bera-

tung und Studien, dass Ausbildungen nicht angetreten werden, weil die Menschen sie sich nicht leisten können. Es braucht eine bessere existenzielle Absicherung für Aus- und Weiterbildung.“

Auch für Hofbauer kommt das sinkende Budget der Arbeitsmarktpolitik zur Unzeit, denn gerade jetzt müsste ein Transformationsprozess angestoßen werden. „Was unbedingt notwendig ist angesichts der Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt wie Klimawandel und Digitalisierung, sind langfristige Qualifizierungsmaßnahmen mit mehr finanziellen Mitteln.“

Ausgerechnet die langfristige Planung dürfte aber zum Problem werden. Aktuell ist wegen des Kriegs in der Ukraine der Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU außer Kraft gesetzt. Im Jahr 2024 soll er wieder gelten. Dann müssten die Nationalstaaten wieder vorsichtiger mit Schuldenaufnahmen sein. Umso wichtiger wäre es, frühzeitig mit dem Umbau zu beginnen, denn die Forderungen sind klar. Hofbauer: „Es ist notwendig, mehr zu tun. Es braucht mehr Qualifizierungen für Arbeitslose und Beschäftigte. Es braucht eine strategische Ausrichtung des AMS zur Unterstützung der Klimaziele. Es braucht existenzsichernde und armutsfeste Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung – und Beschäftigungsprogramme für Menschen, die arbeitslos sind.“ ▀

Heilbar krank

Österreichs Gesundheitspolitik beschreitet den sogenannten „Kostendämpfungspfad“. In Zeiten hoher Inflation spitzt das eine Situation zu, die ohnehin schon längst eskaliert ist. Die Zukunft lässt sich so nicht angehen.

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL

Die Rechnung ist ganz leicht: Das Sozialministerium kriegt rund eine Milliarde Euro mehr als im Vorjahr. Johannes Rauch, der Sozial- und Gesundheitsminister, ist also Herr über 21,9 Milliarden Euro. Wäre das Budget eine KV-Verhandlung, hätte sich der Grünen-Politiker also mit einer Erhöhung um 4,8 Prozent begnügt – bei einer zweifeligen Inflation sowie in einem Politikfeld, das sich parallel zur Corona-Krise in einen Pflegenotstand manövriert hat. Wie Rauch mit diesem Budget aus der Krise kommen will, ist weitestgehend unklar.

Der Pflege- und Sozialbereich ist noch mitten in der Herbstlohnrunde. Vonseiten der Arbeitgeber:innen kam aber bereits das Angebot, den Lohn um 7,5 Prozent, mindestens aber um 150 Euro anzuheben. Das ist nicht weit entfernt von den geforderten 8,7 Prozent. Eine Einigung ist absehbar, und die wird über dem liegen, was das Sozialministerium an Erhöhung bekommen hat. Dazu kommt die allgemeine Teuerung. Die zusätzliche Milliarde wird also nicht zu einem realen Zuwachs führen – eher im Gegenteil.

Dabei bräuchte es im Sozial- und Gesundheitsbereich dringend eine Investitionsoffensive. Die Studie „MissCare

Austria“ von der Karl Landsteiner Privatuniversität hat die aktuellen Auswirkungen fehlender Investitionen zusammengefasst. 84 Prozent der Beschäftigten lassen demnach notwendige Tätigkeiten weg, da ihnen die Zeit dafür fehlt. Die Studie ist übrigens repräsentativ für das heimische Pflegepersonal in Krankenhäusern.

Fehlendes Bewusstsein

Einerseits geht es dabei um emotionale Unterstützung (wird von 67,5 Prozent regelmäßig weggelassen) und Gespräche mit Patient:innen und Angehörigen (60,6 Prozent), andererseits aber auch um das zeitnahe Reagieren auf die Glocke der zu Pflegenden (39,2 Prozent) oder um die pünktliche Vergabe von Medikamenten (27,6 Prozent). Das alles führt in der Praxis zu neuen Problemen, denn bleiben diese Leistungen aus, kommt es zu Infektionen, Stürzen, Wundliegen und postoperativen Komplikationen, wie die Studie weiter ausführt.

Bei der Behebung dieser Missstände ist Österreich noch nicht einmal bei der Bewusstseinsbildung angekommen, wie das aktuelle Budget des Sozialministeriums zeigt. In Dänemark beispielsweise sei der

massive Personalmangel in der Pflege- und Gesundheitsbranche ein Thema gewesen, das den Wahlkampf beherrscht habe, erklärt Eva Scherz. Sie ist Verhandlungsleiterin der GPA für den Bereich der Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ).

Hierzulande befände sich diese Debatte noch in den Kinderschuhen. „Wir merken, dass sich die familiären Strukturen ändern, sich die Menschen anfangen zu fragen, wohin das führt. Was passiert, wenn Pflegebeteten gesperrt werden, wenn keine Betreuung verfügbar ist oder wenn eine Operation monatelang verschoben werden muss? Das sind keine Horrorszenarien, das ist Realität in Österreich“, führt Scherz aus. Die Studie „MissCare Austria“ liefert ein zahlenstarkes Fundament für die Aussage.

Auf dem Holzweg

Geht es nach dem Gesundheitsbudget, ist diese Diskussion allerdings auch schon wieder beendet, bevor sie begonnen hat. Denn seit 2017 gibt es den sogenannten „Kostendämpfungspfad“ – ein zentraler Bestandteil der 15a-Verträge zur „Zielsteuerung Gesundheit“. Dahinter verbirgt sich die Vereinbarung, dass die Kosten im Gesund-



„Wir merken, dass sich die familiären Strukturen ändern, sich die Menschen anfangen zu fragen, was passiert, wenn Pflegebetten gesperrt werden, wenn keine Betreuung verfügbar ist. Das sind keine Horrorszenarien, das ist Realität in Österreich“, so Eva Scherz von der GPA.

heitswesen jährlich nur um 3,2 Prozent steigen dürfen. Angesichts einer zweifeligen Inflation und der enormen Herausforderungen in diesem Bereich kommt das einer Kapitulation vor der Zukunft gleich.

Scherz fasst diese Finanzplanung so zusammen: „Einerseits gibt es aufgrund der demografischen Entwicklung und der höheren Lebenserwartung immer mehr Menschen, die mehr Pflege brauchen. Andererseits gibt es im Gesundheitswesen technischen Fortschritt und immer bessere Diagnosemittel – all dem wird aber einfach nicht Rechnung getragen. Die finanziellen Ressourcen bleiben gleich.“

Erstaunlich ist, dass Österreich – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – die dritthöchsten Gesundheitsausgaben in der EU hat, wie die OECD vorrechnet. Immerhin 10,4 Prozent fließen in diesen Bereich, das Geld wird nur schlecht verteilt. „Die sozialen Ungleichheiten im Hinblick auf die Lebenserwartung sind erheblich“, diagnostiziert der Bericht. Männer, die heute 35 Jahre alt sind und über einen tertiären Bildungsabschluss verfügen, also ein Universitäts- bzw. Hochschulstudium absolviert haben, werden fünf Jahre länger leben als Männer mit geringer Bildung (ohne

Sekundarschulabschluss). Bei den Frauen sind es drei Jahre.

Auch die Corona-Pandemie hat Österreich nur bedingt gut bewältigt. So sank die Lebenserwartung um 0,7 Jahre auf 81,3 Jahre. Das ist das Niveau von 2015. Das bereits erwähnte Dänemark konnte die Lebenserwartung sogar steigern – auf aktuell 81,6 Jahre. Spitzenreiter in der EU ist Norwegen mit 83,3 Jahren. Die OECD führt das – neben dem Corona-Virus – auf den hohen Tabak- und Alkoholkonsum zurück. Letzterer ist der zweithöchste innerhalb der EU. Vor allem unter Jugendlichen ist außerdem die Fettleibigkeit relativ hoch. All das sind Probleme, die sich mit Investitionen in Prävention und Aufklärung mindern ließen, so der Bericht weiter. Das wäre eine langfristige und nachhaltige Hilfe.

In Menschen investieren

Kurzfristig müssen jedoch handfestere Lösungen her. „Wenn man die Kolleg:innen fragt, was sie brauchen, dann ist die Antwort quer über alle Bereiche: mehr Kolleg:innen. Das ist aber etwas, das man als Gewerkschaft nicht in einen Kollektivvertrag schreiben kann“, klagt Scherz. In der Tat erklären

sich auch die meisten Schwierigkeiten, die in der Studie „MissCare Austria“ aufgeführt werden, durch Personalmangel.

Das ist eine Abwärtsspirale: „Personalmangel führt zu schlechten Arbeitsbedingungen, und diese führen zu weiteren Kündigungen, auch deswegen, weil die Beschäftigten in der Sozial- und Gesundheitsbranche nur selten streiken, denn sie können ja nicht einfach aufhören zu arbeiten, weil die Menschen, um die sie sich kümmern, im schlimmsten Fall sterben könnten. Ihre Form des Streiks ist die Kündigung“, wie Scherz erklärt. „Es gibt genug Kolleg:innen – die haben nur die Branche verlassen. Denen muss ein Angebot gemacht werden, um wieder zurückzukommen. Und den Kolleg:innen, die geblieben sind, muss man zeigen, dass man um sie bemüht ist.“

Der Sozial- und Gesundheitsbereich ist enorm personalintensiv. Das ist jedoch kein Problem, sondern die Lösung. Egal, welche Studie man heranzieht: Man sieht, dass jeder investierte Euro in diesem Bereich vielfach zurückkommt – in Form von Steuern, Konsum und Lohnnebenkosten. Von Investitionen in den Gesundheitsbereich profitiert also jede:r – es sei denn, die Politik wandelt auf dem Kostendämpfungspfad. ▀

Nachhaltige Maßnahmen? Fehlannonce!



KORINNA SCHUMANN
ÖGB VIZEPRÄSIDENTIN UND
BUNDESFRAUENVORSITZENDE

Wenn der Finanzminister ein Budget für das nächste Jahr erstellt, wird entschieden, wie viel Geld wofür ausgegeben und in welche Vorhaben nicht investiert wird. Gerade in herausfordernden Zeiten, wie wir sie aktuell erleben, ist ein Budget mit Blick auf die Zukunft besonders wichtig. Denn nach zweieinhalb Jahren Corona-Pandemie haben die Menschen hierzulande bereits mit dem nächsten Problem zu kämpfen: der Teuerung. Ein immer größerer Teil unserer Gesellschaft kommt mit seinem Geld kaum noch über die Runden und weiß nicht, wovon er seine Strom- und Gasrechnung bezahlen soll.

Zugegebenermaßen bringen die Budgetpläne des Finanzministers für die kommenden Jahre mehr Geld, aber nicht für jene Menschen, die es am dringendsten brauchen würden. Einmalzahlungen für Haushalte, etwa in Form von Zuschüssen, sind einfach viel zu wenig. Denn die Kosten für Wohnen und Lebensmittel gehören zu den größten Preistreibern, und dagegen werden kaum Langzeitmaßnahmen gesetzt. Werden die Preise nicht endlich gesenkt, wird die nachhaltige Wirkung ausbleiben, die angesichts von Rekordinflation und Teuerungswelle notwendig wäre und vielen Menschen helfen würde.

Gleichzeitig hat uns die COVID-19-Pandemie klar vor Augen geführt, welche Baustellen dringend angegangen werden müssen: der Gesundheitsbereich und die Kinderbildung. Doch für diese für die Menschen sehr wichtigen Bereiche gibt es zu wenig Geld. Große und nachhaltige Maßnahmen gibt es keine – und das, obwohl im Bereich der Elementarpädagogik über eine Milliarde Euro mehr pro Jahr notwendig wäre, um endlich den flächendeckenden Ausbau des Kinderbildungsangebots zu ermöglichen. Zudem hat man es auch jetzt wieder verabsäumt, die Gleichstellung von Frauen und Männern als ein Kernziel der Budgetpolitik zu verfolgen. Frauenpolitik wird einmal mehr auf Gewaltschutz reduziert, für den aber auch weiterhin keine ausreichenden Mittel bereitgestellt werden.

Wie schon im Kampf gegen Corona reagiert die Regierung auch in dieser Krise alles andere als vorausschauend, das gilt auch für die Frage der Gegenfinanzierung. Eine Übergewinnsteuer für die Krisenprofiteur:innen – das Modell von ÖGB und AK liegt auf dem Tisch – ist nicht geplant, genauso wenig finden sich Vermögen-, Erbschaft- und Schenkungsteuern im Budget wieder. Eines ist aber klar: Wir werden nicht akzeptieren, dass am Ende wieder die Arbeitnehmer:innen die Kosten für die Krise selbst bezahlen. ▸

Neuerscheinungen aus dem ÖGB-Verlag**Buch | e-book**

Klassenkampf von oben

Angriffspunkte, Hintergründe und rhetorische Tricks

Natascha Strobl, Michael MazohlVaria | 2022 | 268 Seiten | EUR 29,90
ISBN 978-3-99046-464-9

Klassenkampf findet statt. Während der Klassenkampf von unten mit Streiks und lauten Protestformen ausgetragen wird, findet der Klassenkampf von oben leise im Verborgenen statt. Den Klassenkampf von oben führen die wirtschaftlich Mächtigen, die aufgrund ihrer Vermögen und Einflussbereiche dazu in der Lage sind, gesellschaftliche Entwicklungen zu ihren Gunsten zu ändern – gegen die Interessen und auf Kosten der Vielen.

Anhand der Themen Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit, Armut, Bildung, Einkommen, Gesundheit, Klima, Wohnen, Pensionen und Reichtum zeigt das Buch auf, an welchen Angriffspunkten sich die Verteilungskämpfe zwischen oben und unten entscheiden.

**Buch | e-book**

Krisenmanagement

Der Wiener Weg durch die Corona-Pandemie

Elisabeth Kaiser, Marcus Schober (Hrsg.)Wiener Perspektiven | 320 Seiten
2022 | EUR 27,00
ISBN 978-3-99046-629-2

Die Pandemie stellt eine unmittelbare Gefahr dar. Wien war und ist sich dessen bewusst – und ist einen eigenen Weg durch diese Bedrohung gegangen. Wie hat Wien auf COVID-19 reagiert? Welche Maßnahmen wurden zum Schutz der Menschen sowie zur Aufrechterhaltung systemrelevanter gesellschaftlicher Strukturen gesetzt? Wie hat sich der Wiener Weg durch die Pandemie gestaltet und was kann aus dem Krisenmanagement für die Zukunft mitgenommen werden? Politiker:innen sowie Expert:innen beleuchten die Maßnahmen der Millionenstadt.

BESSER MIT BETRIEBSRAT

Ein Betriebsrat bringt den Beschäftigten

- mehr Geld
- mehr Weiterbildung
- mehr Gesundheitsförderung

**DANKE FÜR DEINE ARBEIT
IM EINSATZ FÜR DIE
BESCHÄFTIGTEN.**

Wir sind
für dich da.

OGB AK

Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträger:in:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

AW